

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.— Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Väterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 29. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Zeugnisse gegen Görtner.

Das bayerische Justizministerium bestreitet. — Die Sprache der Akten.

Das bayerische Justizministerium legt der schweren Anklage, die durch den Reichstagsabgeordneten Genossen Paul Levi gegen Herrn Dr. Görtner — immer noch bayerischer Justizminister — erhoben worden ist, eine dürftige und nichts sagende Erklärung entgegen.

„Der Reichstagsabgeordnete Dr. Levi, der Berichterstatter des Gemeindeforschusses im Reichstag, stellt im „Vorwärts“ die Behauptung auf, der bayerische Justizminister Görtner sei in seiner damaligen Eigenschaft als Oberregierungsrat im Justizministerium am 14. März 1921 dem Staatsanwalt in den Arm gefallen und habe dadurch bewirkt, daß die Mörder des Hartung nicht der verdienten Strafe zugeführt werden konnten.“

Sie findet auch nicht, wie Dr. Levi behauptet, in den Akten, die das Justizministerium zur Kenntnis ihres Inhalts dem Gemeindeforschuss zur Verfügung gestellt hat, eine Grundlage. Mit der Unrichtigkeit der Behauptung entfallen selbstverständlich auch alle Folgerungen, die Dr. Levi hieraus zieht.

Die Unteruchung des Falles Hartung durch den Gemeindeforschuss wird die Behauptung Dr. Levis in vollem Umfange widerlegen. Es muß bekremden, daß Dr. Levi dieser Unteruchung vorgeht, obwohl der Gemeindeforschuss gerade auf Antrag seiner politischen Freunde zur reiflichen Aufklärung der Mememorde eingesetzt worden ist.“

Diese Erklärung zeugt weder von dem Willen des bayerischen Justizministeriums, eine Klärung herbeizuführen, noch von dem Willen Görtners, sich gegen die schwere Anklage zur Wehr zu setzen. Sie ist geboten aus dem Willen zur Vertuschung.

Ist es schon auffällig, daß der Justizminister eines Landes eine so schwerwiegende gegen ihn gerichtete Anklage mit der Bemerkung beiseite zu schieben versucht, sie sei unrichtig, so ist es eine große Unvorsichtigkeit des bayerischen Justizministers, zu behaupten, daß die Anklage in den Akten keine Grundlage finde.

Zur Gedächtnisschärfung des bayerischen Justizministers Dr. Görtner stellen wir im Folgenden Tatsachen zusammen, die bis in die kleinsten Einzelheiten aktenkundig sind. Diese Tatsachen sind dem Reichstagsauschuss bereits vorgegetragen worden, nur damals in anderem Zusammenhang. Wir rekapitulieren die Tatsachen, unter stärkerer Hervorhebung der einzelnen Daten, damit die Zusammenhänge klar werden.

Am 4. März 1921 wurde in der Zusam bei Zusmarshausen die Leiche eines Mannes gefunden mit etwa einem Duzend Schüssen durch Kopf und Körper, die Leiche zudem an Kopf und Füßen mit Pflastersteinen beschwert, also in der Absicht in die Zusam gelegt, sie zu versenken. Die Leiche blieb zunächst unbekannt. Einwohner von Zusmarshausen erklärten, sie hätten nachts ein Auto durch Zusmarshausen fahren hören und kurze Zeit nach der Durchfahrt etwa ein Duzend Schüsse vernommen, und zwar aus der Richtung, in der später die Leiche gefunden wurde. Die Kummertamkeit der Polizei wandte sich daher in erster Linie auf drei Automobile, die von einer Kontrolle in Augsburg in jener Nacht festgestellt worden waren. Ein Auto blieb unermittelt, das andere war unverdächtig, das dritte trug die Nummer IIA 7882.

Am 9. März wurde dies Auto als

der Landesleitung der Einwohnerwehr gehörig festgestellt

und am selben Tage die Leiche als die des Kellners Hartung erkannt. Der Verdacht lenkte sich daher auf dies Einwohnerwehrauto, und in der Zeit zwischen dem 9. und 11. März wurde folgendes festgestellt:

Hartung hatte mit der Einwohnerwehr in Verbindung gestanden und hatte von ihr, d. h. von dem Leiter ihrer Waffenabteilung, einem Oberleutnant Braun, wiederholt Geld zu verlangen versucht. Bereits am 15. Februar war auf den Hartung, der in Begleitung des Braun bei Nacht durch den Englischen Garten gegangen war, ein Attentat mit Totschlägern verübt worden, während Braun bei diesem Ueberfall völlig unverletzt geblieben war.

Am 1. März hatte Hartung von Braun unter der Drohung, er werde Berrai begehen, Geld zu verlangen gesucht. Am 3. März nachmittags sah Hartung in einem Münchener Caféhaus und hatte dort mit ihm zusammenstehenden Zeugen erzählt, er werde heute nacht eine Automobilfabrik antreten, um ein Waffenlager zu räumen. — Es muß hinzugefügt werden, daß die Marie Sandmeyer wie der Reichswehrsoldat Pöchner, die man ermordet, beziehungsweise zu ermorden versucht

hatte, unter der Vorpiegelung, sie sollten Waffenlager zeigen, in ein Automobil gefodt worden waren.

Am 10. März wurden die Teilnehmer der Automobilfabrik festgestellt. Es waren: ein Student Reunzert, ein Rittmeister a. D. Beurer, ein Student Ballg, ein Student Schwefinger. Es wurden bei ihnen Hausuchungen vorgenommen. Man fand bei ihnen Pistolen von 7 und 9 Millimeter Kaliber, das Kaliber, von dem Geschosse in der Leiche des Hartung gefunden worden waren. Die Vernommenen gaben zu, in jener Nacht von Augsburg über Zusmarshausen nach Ulm gefahren zu sein und am 4. März von Ulm wieder nach München mit der Eisenbahn zurückgereist zu sein. Sie bestritten die Mordtat. Am 5. März, morgens, jedoch war auf dem Eisenbahngleis zwischen Augsburg und München, d. h. auf der Strecke Ulm—München eine dem Hartung gehörige Ledermappe mit der blutigen und von Schüssen durchbohrten Mütze des Hartung gefunden worden. Dazu kam: die Zusam ist ein leichtes Flößchen, in der Leiche nicht versenkt werden können. Sie hat nur einige ganz wenige tiefe Stellen, in denen eine Leich versenkt werden kann: gerade an der Stelle, in der die Leiche lag, ist eine solche Tiefe. Sie mußte also von Ortskundigen versenkt worden sein. Es ergab sich: der Rittmeister Beurer, einer der Mitfahrer, ist aus Zusmarshausen gebürtig, dort wohnhaft, ein eifriger Jäger und wie er selbst sagt, mit den Gewässern genau bekannt.

Infolgedessen wollte am 11. März abends die Abteilung VI der Münchener Polizeidirektion, die politische Abteilung, die bisher den Fall bearbeitet hatte, zugreifen und die Teilnehmer an der Fahrt verhaften.

In diesem Augenblick griff Pöchner, der Polizeipräsident, ein. Er übertrug am 11. März abends die Bearbeitung dieser Sache von der Abteilung VI auf die Abteilung I, d. h. auf Beamte, denen der Sachverhalt bis dahin völlig fremd war.

Runmehr wurde bei der Abteilung I die Sache von neuem bearbeitet. Abgesehen von den oben erwähnten Indizien, kam nun aber am 12. März noch folgendes Indiz hinzu: Reunzert, Beurer und Ballg hatten als weiteren Mitfahrer den Studenten Brandel angegeben. Brandel wurde vorgeführt und sagte aus: es sei nicht wahr, daß er mitgefahren sei. Am 8. oder 9. März — also ehe die Mitfahrer jenes Autos überhaupt vernommen worden waren — habe Reunzert zu dem Brandel gesagt, wenn er gefragt werde, solle er sagen, er sei Mitfahrer gewesen.

er solle sich bekennen, an Stelle des Berchtold, der nicht benannt werden dürfe, weil er bereits in die Mordfachen Sandmeyer und Dobner verwickelt sei.

Berchtold war auch infolgedessen sofort nach seiner Rückkehr nach München am 4. März verschunden und nicht auffindbar, also verschwunden in einem Zeitpunkt, ehe Richtelngeweichte überhaupt wußten, daß Hartung ermordet worden sei. Am 13. März abends waren daher die polizeilichen Ermittlungen soweit gediehen, daß auch die Abteilung I nunmehr sich anschickte, die Fahrteilnehmer zu verhaften.

Minimaler Rückgang der Erwerbslosigkeit

... um wenig mehr als 1 Prozent.

In der ersten Julihälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger weiter von 1 408 527 am 1. Juli 1926 auf 1 383 596 am 15. Juli 1926 zurückgegangen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 332 645 auf 335 265 gestiegen; die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist somit von 1 741 172 auf 1 718 861, also um 1,3 Proz., gesunken, die Zahl der Familienangehörigen (Zuschlagsempfänger) von 1 728 153 auf 1 708 299.

Bochum, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In einer Sitzung des Paritätischen Ausschusses der Abteilung Bergbau des Landesamtes Westfalen wurde in einer Besprechung der Arbeitsmarktlage mitgeteilt, daß die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau etwa das 1 1/2 fache des Reichsdurchschnitts beträgt. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat sich die Arbeitslosigkeit unter dem Einfluß des englischen Streiks in den letzten Monaten zwar wieder gesenkt, ist aber immer noch weit höher als im Jahresanfang und beträgt rund 45 000 Erwerbslose.

Der Belegschaftsabbau ist nach wie vor groß. Am stärksten im südlichen Gebiet des Ruhrbergbaues, wo die Belegschaft mit etwa 83 Proz. vermindert wurde, während im Durchschnitt im gesamten Ruhrbergbau ein Belegschaftsabbau von 34 Proz. erfolgte. In diesem Jahre sind nur 1350 Stellen für ausländische Bergarbeiter genehmigt worden, d. h. etwa 0,4 Proz. der Gesamtbelegschaft.

Der damals mit der Sache befaßte Augsburger Staatsanwalt Krick, der während der Untersuchungen nach München gekommen war und der in der Münchener Polizeidirektion amtierte, schrieb die Haftbefehle aus — bei den Volksgerichten erließ der Staatsanwalt die Haftbefehle.

Am 14. März mittags, reiste der Staatsanwalt Krick in dem Gefühl, den Mord nunmehr geklärt zu haben und das Seinige zur Festnahme der Täter getan zu haben, nach Augsburg zurück. Zwei Täter saßen bereits, die übrigen wurden noch gesucht. Ihre Verhaftung stand im Laufe des 14. oder 15. März bevor. Um 1 Uhr nachmittags kam der Staatsanwalt Krick nach fünfjähriger Abwesenheit in seiner Wohnung in Augsburg an. Er wollte eben seine Suppe essen, als vor seiner Tür ein Automobil vorfuhr. Dem entstieg ein Dr. Gademann, seines Zeichens Rechtskonsulent, darüber hinaus aber Hilfsarbeiter in der Rechtsabteilung der Landesleitung der Einwohnerwehr.

Der junge Referendar forderte den Staatsanwalt, wie auch alsdann seinen Vorgesetzten, den Oberstaatsanwalt Kraus auf, sofort mit ihm in das Justizministerium nach München zu fahren, wo sie um 3 Uhr erwartet würden.

Beide, Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt, setzten sich auf dies Ersuchen des Referendars in das Automobil, der Staatsanwalt bewaffnet mit den Akten Hartungs. Sie fuhren vor dem Justizministerium Punkt 3 Uhr vor und glaubten, von dem Justizminister empfangen zu werden. Justizminister war damals Dr. Roth. Im Justizministerium waren sie zunächst enttäuscht, daß sie nicht zu Rath geführt wurden, sondern nur zu einem Oberregierungsrat.

Dieser Oberregierungsrat war Dr. Görtner, der heutige Justizminister.

Das Ergebnis der einstündigen Besprechung im Justizministerium war folgendes:

Derfelbe Staatsanwalt, der 24 Stunden zuvor die Haftbefehle unterzeichnet hatte, ging nach der Unterredung mit Görtner am 14. März 1921, nachmittags 4 Uhr, auf die Polizeidirektion München und ordnete an: 1. Aushebung der Haftbefehle, 2. Rückgabe der beschlagnahmten Pistolen an die Täter, obgleich diese Pistolen bisher nur ganz oberflächlich von einem „Sachverständigen“ — einem Einwohnerwehmann — angesehen worden waren, der gesagt hatte, vermutlich sei aus diesen Waffen in näherer Zeit nicht geschossen worden.

Was auf der Polizeidirektion geschah, wird am besten dargestellt durch die Aussage des Regierungsrats von Wertz, des Leiters der Abteilung I der Polizeidirektion. Er schildert die Vorgänge folgendermaßen:

Als der Staatsanwalt zu ihm gekommen sei, um ihm zu erklären, daß er die Haftbefehle ausbebe und die Waffen zurückgebe,

habe er dem Staatsanwalt vorgehalten, das sei doch ganz unmöglich, nach Lage der Sache seien doch die Täter überführt und ständen unmittelbar vor einem Geständnis. Es sei doch ganz unmöglich, nunmehr die Haftbefehle aufzuheben.

Das alles habe auf den Staatsanwalt keinen Eindruck gemacht, er habe die Haftbefehle aufgehoben und die Rückgabe der Waffen angeordnet. Er, Wertz, habe dieses Vorgehen für so unmöglich gehalten, daß er am folgenden Tage — am 15. März — alle seine Beobachtungen und Einwendungen gegen dieses Verfahren schriftlich niedergelegt und den Akten beigelegt habe. Darauf sei er am 16. März in das Zimmer des Polizeidirektors Kamer beschieden worden; in diesem Zimmer seien Kraus und Kamer anwesend gewesen. Oberstaatsanwalt Kraus habe ihm barsch erklärt, er verkenne seine Rolle als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft, er habe deren Anweisungen Folge zu leisten und mehr nicht. Kamer habe ihm ernst zugeredet, er möchte doch „keine dienstlichen Dummheiten begehen“ und seinen schriftlichen Bericht wieder von den Akten zurücknehmen. Dadurch habe er sich bestimmen lassen, diesen Bericht zurückzunehmen.

Und nun soll Herr Görtner erklären, ob das ein Eingriff in ein Verfahren ist oder nicht!

München, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsjustizminister Dr. Bell trifft am Mittwochabend in München ein, um am Donnerstagvormittag dem Ministerpräsidenten Dr. Feld und der bayerischen Staatsregierung einen Besuch abzustatten. Es verläutet, daß der Reichsjustizminister bei dieser Unterredung mit den bayerischen Staatsministern auch die Angelegenheit des Gemeindeforschusses des Reichstages zur Sprache bringen wird. Dr. Bell wird München voraussichtlich schon am Donnerstagnachmittag wieder verlassen.

Reichsregierung und Reichseinheit.

Eine bedenkliche Praxis.

Der Reichsminister des Innern hat bestätigt, daß das von der preussischen Regierung ausgesprochene Verbot der Olympia und des Wikingbundes zu Recht erfolgt ist. Er erkennt an, daß die beiden Verbände nicht nur staatsfeindlichen Charakter haben, sondern auch gegen die Reichsgesetze verstoßen. Die logische Folge dieser Erkenntnis ist die Ausdehnung des Verbots auf das Reich.

Reichsinnenminister Dr. Kütz aber scheint sich das Gesetz des Handelns nicht von der Logik vorschreiben lassen zu wollen. Er läßt widerrufen, daß seine Stellungnahme die Ausdehnung des Verbots auf das Reich bedingt. Derartige Verbote seien in erster Linie Landessache. Die Reichsregierung sei deshalb wegen dieser Verbände mit sämtlichen „Staaten“ in Verbindung getreten.

Die Praxis, die der Reichsinnenminister verfolgt, ist bedenklich. Er hat das Recht, die Auflösung staatsfeindlicher Verbände zu verlangen. Er hat die Pflicht, das zu tun, wenn einwandfrei festgestellt wird, daß Verstöße gegen die Reichsgesetze vorliegen. Die Autorität des Reiches erfordert das.

Wie liegen denn die Dinge? Einzelne Länder sind eifrig bemüht, ihre Machtstellung auf Kosten des Reiches zu erweitern. Das bayerische Beispiel macht Schule. Der Fall Potemkin ist lehrreich in dieser Hinsicht. Hier hat sich das Reich dem Willen einzelner Länder unterworfen. Es hat sich wider Willen und zu Unrecht einem Druck gefügt.

Auf die Dauer muß das ständige Zurückweichen der Reichsregierung vor den Länderregierungen und das ängstliche Verstecken hinter den Kompetenzen der Länder in Fällen, die ein energisches Auftreten verlangen, der Autorität des Reiches empfindlichen Schaden zufügen. Es verleitet nicht nur große Länder, sondern auch gewisse Stellen im Reich zu einem Spiel, das gefährlich wird, wenn man ihm nicht rechtzeitig mit der nötigen Unzweideutigkeit entgegentritt.

Das Reichsinnenministerium erkennt an, daß Olympia und Wikingbund gegen die Reichsgesetze verstoßen. Es erkennt an, daß die preussische Regierung die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen hat. Will es nicht auch die übrigen Landesregierungen darauf aufmerksam machen, daß es ihre Pflicht ist, den Reichsgesetzen Genüge zu leisten? Eine unzweideutige Aufklärung ist notwendig im Interesse des Reiches. Es wäre eine Blamage des Reiches, wenn es Preußen in dem Kampf um die Geltendmachung der Reichsgesetze isoliert ließe.

Der „Potemkin“ freigegeben.

In verkürzter Form. — Neue Entscheidung der Filmprüfstelle.

In sehr stark verkürzter Form wurde der Potemkin-Film gestern wieder der Filmprüfstelle vorgelegt. Es ist viel wesentliches fortgefallen. Im ersten Akt ist das Bild ausgemergelt, in dem der Raat den Matrosen schlägt, überhaupt sind alle Szenen gestrichen worden, in denen Mißhandlungen der Mannschaft durch Offiziere gezeigt werden. Ja, sogar die Wärmer, die auf dem verdorbenen Fleisch wimmeln, sind reduziert worden und damit die ganze Tätigkeit des kleinen Schiffsarztes; auch der Geistliche schlägt nicht mehr mit seinem Kreuz den Takt zu dem Kommando, nach dem die Soldaten auf ihre gefesselten Brüder schießen sollen. Selbst die Kosaken bekämpfen die Menschmenge in Odessa gewissermaßen unblutig; die Salven der Kosaken auf die stiehende Volksmenge sind abgebrochen worden. Trotzdem glaubte Oberregierungsrat Rühleisen, der auch diesmal wieder als Sachverständiger des Reichsinnenministeriums fungierte, noch einen Schuß in dieser neuen Bildfolge zu entbeden!

Der als Sachverständige des Reichswehrministeriums erschienene Hauptmann Ritter von Speck wollte nichts, durchaus nichts von

dem Film wissen. Er hatte bereits zu Hause sein Gutachtenmanuskript fertiggestellt, brachte es mit in die Sitzung und verlas es dort Wort für Wort, nachdem der neue Potemkin-Film gelaufen war. Sein Urteil stand also fest — ehe ihm überhaupt der neue Bildstreifen bekannt war, über den er es abgeben sollte. Allerdings erstärkte Hauptmann von Speck, daß er sich durch die „Boschische Zeitung“ über den abgeänderten Potemkin-Film bereits informiert hätte; daß das genüge, um daraufhin ein Urteil zu formulieren, spricht ja gewiß für die Intelligenz des Herrn von Speck; nur scheint es fraglich, ob Sachverständigenurteile gerade von der Phantasie diktiert werden sollten.

Im Gegensatz zu Rühleisen und Speck erklärte Oberregierungsrat Dr. Bandmann vom preussischen Innenministerium, daß gegen den Film, der in der ungelösten Fassung bereits zu Tausenden von Malen aufgeführt worden sei, Bedenken nicht beständen; weder ganz allgemein, noch für den Beamtenkörper des Staates, vor allem für die Polizei. Außer in einem Fall, in dem ein Stahlhelmmann die Leute im Kino aufgefordert habe, gegen den Film zu protestieren, sei es zu Störungen der öffentlichen Ordnung nicht gekommen. Eine Jugendliche, die ebenfalls angeführt wurde, da für den Film auch die Zulassung von Jugendlichen beantragt war, gab an, daß der Potemkin-Film weder verrohend noch aufreizend wirkte.

Die Kammer zog sich dann zur Beratung zurück. Bei der Abstimmung waren vier Beisitzer für, einer gegen die Zulassung des Films. Der Potemkin-Film ist damit wieder freigegeben, auch für Jugendliche.

Die Entscheidung der Berliner Filmprüfstelle ist eine halbe Korrektur des groben Fehlers, der von der Oberprüfstelle begangen wurde. Nach den Streichungen, die das Filmwerk erdulden mußte, ist freilich der Sinn des Ganzen wesentlich verstimmt worden. Wenn die schließende Soldateska des Jarentums befeitigt wird, wenn die Mißhandlungen der Matrosen durch Offiziere gestrichen werden, dann wird die Empörung der Meuternden ganz unverständlich. Deshalb ist das Zugeständnis, einzelne Teile dieses zusammenhängenden Bildstreifens zu kassieren, schon ein Entgegenkommen, das nur unter dem terroristischen Druck der völkischen Helfer in Regierungskreisen gewährt werden konnte.

Die Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichswehrministeriums aber stecken derartig in den Rehen monarchistischer Auffassungen, daß sie jedes Aufsehen gegen eine, sei es auch zaristische Willkür als eine Gefahr für die — Republik erklären möchten. Sind Leute mit solchen monarchistischen Anwandlungen berufen, als Sachverständige in Filmsachen aufzutreten, während das Lichtspielgesetz politische Erwägungen ausdrücklich ausschließt? Seit Wilhelm II. sein berühmtes Wort sprach, der Soldat müßte auf sein Verlangen auf Vater und Mutter schießen, halten es Vertreter der republikanischen Regierungskreise noch für möglich, daß selbst das Aufbäumen des russischen Volkes von 1905 gegen die Kolakenherrschaft von damals einer Aufhebung gegen die Regierung der demokratischen Republik gleichkäme!

Die Monarchisten in den Regierungskreisen wollen die Untertanengefinnung beim Volke. Das deutsche Volk von 1926 hat aber die monarchistischen Uebergriffe hinlänglich satt. Das sollten sie sich endlich merken!

Preußen und Freiherr v. Lüninck. Die Anregung, den preussischen Beamten eine Teilnahme an den gesellschaftlichen Veranstaltungen der rheinischen Landwirtschaftskammer und ihres Vorstehenden, Freiherrn v. Lüninck, zu unterlagen, ging, wie uns mitgeteilt wird, nicht vom preussischen Landwirtschaftsminister aus. Es handelte sich vielmehr um einen Beschluß des Gesamtsamministeriums, für dessen Durchführung natürlich auch das Landwirtschaftsministerium sorgt.

Der Reichspräsident hat den Ministerialrat in der Reichskanzlei, Dr. Dffermann, zum Ministerialdirektor in der Reichskanzlei ernannt.

Andererseits hat diese ganze Standesordnung samt Ehrengerichten und Kampf gegen jeden sozialen Fortschritt für den Betrachter etwas Erheiterndes. Dieser ausschließliche Kampf ist symbolisch für den untergehenden Mittelstand. Diese Standesordnung erinnert an die Sunstordnungen des Mittelalters, die den durch das Aufkommen der Großbetriebe beschleunigten Untergang des Handwerks verhindern sollten. Auch eine Herausnahme aus der Gewerbeordnung, die den Arzt mit Schankwirten und anderen Gewerbetreibenden zusammen behandelte, wird diesen durch die Industrialisierung und Mechanisierung unseres gesamten Lebens bedingten Entwicklungsprozeß nicht aufhalten. Diese Standesordnung der deutschen Ärzte wird eine Episode sein auf dem Entwicklungsweg vom ärztlichen Zwergebetrieb in den ärztlichen Großbetrieb, wie wir ihn in Berlin in den Ambulatorien schon vorgezeichnet sehen.

Die neuen Pläne der Carnegie-Stiftung.

Vor seiner Abreise von Southampton nach New York hat der Präsident der Carnegie-Stiftung und der Columbia-Universität in New York Nicholas Murray Butler über die neuen Pläne der Stiftung bemerkenswerte Mitteilungen gemacht. Danach wird die Stiftung ihre Tätigkeit in Europa demnächst wesentlich erweitern. Die Arbeit der Stiftung wird von einem Verwaltungsausschuss geleitet, in dem sich Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Desterreichs, der Schweiz, Italiens und Griechenlands befinden und der sein Bureau in dem Gebäude der Stiftung, Paris, Boulevard St. Germain 173, hat. Der Leiter der Arbeit in Europa ist Dr. Carl B. Babcock. Es wird eine neue Vierteljahresschrift geschaffen, die den Titel „L'Esprit International“ führt. Sie soll vom Januar 1927 ab erscheinen und in der Hauptsache das Material und die Schriftstücke bringen, die sich unmittelbar auf den Zweck der Carnegie-Stiftung beziehen. Dieser Zweck ist, allgemein gesprochen, die Förderung des internationalen guten Willens durch Verbreitung von Kenntnissen und durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Außerdem wird die Zeitschrift wichtige internationale Aktenstücke veröffentlichen, ebenso wie eine Bücherchau. Diese Fragen sollen sachlich und ohne jede Parteilichkeit behandelt werden. Ferner wird schon in diesem Jahre ein Zusammenwirken der Carnegie-Stiftung mit dem Institut für Internationales höheres Studium an der Universität Paris Platz greifen. Die Vorlesungen und Übungen, die dieses Institut auf anderen als rein juristischen Gebieten veranstaltet, werden in dem Besaß des Gebäudes der Carnegie-Stiftung abgehalten werden. Der Verwaltungsausschuss der Stiftung wird demnächst durch die Zuwahl eines angesehenen deutschen Gelehrten und Publizisten erweitert werden, um die freundliche Mitarbeiterschaft hervorzuheben, die die Carnegie-Stiftung durch führende Männer der öffentlichen Meinung in Deutschland erfahren hat. In Berlin wird ein Zusammenwirken zwischen der Stiftung und der Deutschen Hochschule für Politik herbeigeführt, indem bei der Hochschule ein Carnegie-Lehrstuhl errichtet wird, der jedes Jahr abwechselnd mit einem deutschen oder einem ausländischen Gelehrten besetzt wird. Der erste Inhaber des Lehrstuhls wird voraussichtlich ein amerikanischer oder eine englische Autorität für internationale Beziehungen sein. Ferner schlägt die Stiftung vor, soweit wie möglich die Erweiterung der Beziehungen zwischen Gruppen

Was ist ein „Renegat“?

Sprachunterricht für deutsche Richter.

Wir erhalten die nachstehende Zuschrift:

Der Präsident des Oberlandesgerichts Raumburg hat zu der Frage, wie das Wort „Renegat“ auszuliegen sei, Stellung genommen, und er hat dem Landgerichtsdirektor Thorwest die Mitteilung zukommen lassen, daß der Sinn des Wortes „Renegat“ doch etwas anders auszuliegen sei, als es seiner und des Herrn Landgerichtspräsidenten Auffassung entspricht, daß nämlich der Ausdruck vielfach im herabsehbenden Sinne gebraucht werde.

Wenn man die entsprechenden Wörterbücher heranzieht, so kann man feststellen, daß der Ausdruck „Renegat“ ausschließlich in herabsehbendem Sinne gebraucht wird; es ist wenigstens dem Schreiber dieser Zeilen nicht gelungen, auch nur einen einzigen Hinweis aufzufinden, in dem „Renegat“ dieses stigmatisierenden Charakters heute entbehrt.

„Renegat“ ist derjenige, der seinen früheren Glauben abswört, und zwar einer, der seinen alten Glauben verläßt aus minderwertigen Motiven, aus Motiven unfaulerer Art.

Die Tatsache des Glaubenswechsels ohne anrührenden Beweggrund bezeichnet das Wort „Konvertit“. „Konvertit“ ist derjenige, der zwar seinen früheren Glauben verlassen hat; aber dieses Wort sagt über die Motive des Wechsels nichts aus; es stellt die Tatsache fest, ohne die Beweggründe einer Kritik zu unterziehen; gerade im Gegensatz zu „Renegat“, das zugleich die Unmoralität, die dem Wandel das treibende Motiv war, stark betont. Der Renegat ist ein Abtrünniger aus unmoralischen Beweggründen.

Der Renegat ist ursprünglich der Glaubensabtrünnige, der die christliche Kirche verließ; und in den frühen Zeiten der Kirche war man gegen diese Elemente milde ganz gewiß nicht gestimmt. Diesen Charakter, und ausschließlich diesen herabsehbenden Charakter hat das Wort bis heute im Deutschen bewahrt.

Es ist übrigens aus dem Lateinischen dann auch in das Französische und Englische hinübergegangen; und zwar wie in der deutschen Sprache bedeutet es im Englischen „einen erbärmlichen Wicht“ „A worthless or wicked fellow“, und im Französischen nicht anders; wie etwa: Ah! maudit renégat, le plus méchant du monde; o verfluchter Abtrünniger, Abscheulichster der Welt.

Hätte irgendein deutscher Richter seinen ursprünglichen religiösen Glauben oder seine politische Parteizugehörigkeit verlassen und sich einer anderen Religion oder einer anderen politischen Partei angeschlossen, und man würde ihn aus diesem Grunde einen „Renegaten“ benennen, dann wäre kaum daran zu zweifeln, daß solcher Ausdruck als eine schwere Beleidigung geadmet werden würde.

Der Herr Präsident des Oberlandesgerichts Raumburg, der eine andere Auffassung als möglich betrachtet, urteilt in diesem Falle — herzwärmend milde.

Aufklärung in Magdeburg!

Kautionschwindel und Verlockungsmord.

Magdeburg, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Kriminalkommissar Busdorf hat in der Magdeburger Nordstraße Helling am letzten Tage seiner Untersuchung noch festgestellt, daß der gleiche Schröder, in dessen Keller die Leiche des ermordeten Helling gefunden wurde, im „Magdeburger Generalanzeiger“ Inserate aufgegeben hat, in denen er Stellenangebote für ein Kunstbureau Fink suchte gegen Stellung einer Kautions von 500 M. Außerdem wurde festgestellt, daß Schröder auf Inserate von Leuten, die Stellen suchten und Kautionen anboten, Stellen anbot und Beziehungen zu den Inserenten anzuknüpfen versuchte. Nach diesen Feststellungen dürfte es zweckmäßig sein, daß die Unterjuchung der Vermutung nachgeht, daß der Mord an Helling nur noch als ein Verlockungsmord zu betrachten ist. Im übrigen werden wir zunächst abwarten, wie der Untersuchungsrichter mit den beiden neu entlassenen Berliner Kriminalbeamten „zusammenarbeiten“ wird. Vielleicht werden in bezug auf die Verhafteten Haas und Fischer bald die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Gesundheitsdienst am deutschen Volke.

Von Dr. med. Robert Katz.

Wir waren schon im vergangenen Jahre gezwungen, das Proletariat auf die Gefahren hinzuweisen, die ihm aus der volksfeindlichen Einstellung eines großen Teiles der deutschen Ärzteschaft drohen. Wir teilten mit, daß Herr Dr. Bollmann-Berlin in seinem Referat über den § 218 sich gegen jede Milderung dieses Schandgesetzes aussprach, und daß es für die deutsche Ärzteschaft keine soziale Indikation geben könne, d. h. daß jede Arbeiterfrau, auch unter den ungünstigsten Umständen, gezwungen sein müsse, ein empfangenes Kind, das schon bei der Geburt zum Hungern verdammt ist, in diese kapitalistische Welt zu setzen. Bei einer solch reaktionären Einstellung der deutschen Ärzte kann es uns nicht wunder nehmen, daß auch die neue Ärzteordnung, die vor einiger Zeit auf dem Eisenacher Ärzteskongress angenommen wurde, ein Produkt rückständigster Geistes ist. Der Zweck dieser Standesordnung, die durch ihre Kautionsbestimmung jederzeit gegen die sozialistischen Ärzte, ja, gegen jeden sozial eingestellten Arzt verwendet werden kann, ist, die Ärzte zu einer Pbalanz gegen die gesamte Sozialversicherung zusammenzuschweißen. Daß für diese Standesordnung die Reichsverfassung keine Gültigkeit besitzt, bemerkt der darin verlangte Koalitionszwang unter der Führung deutschnationaler Ärzte. Aber auch die Milderungen des § 218, die durch das Bemühen der SPD-Fraktion erreicht wurden, sollen illusorisch gemacht werden, denn jeder Abortus soll einem Arzt erst auf Beschluß eines Konsiliums von mehreren, von den einzelnen Bezirksverbänden benannten Ärzten gestattet werden. Welcher Kurs mit dieser Standesordnung eingeschlagen werden soll, verrät der bayerische Vertreter Bergert-München, der bei den Beratungen in bezug auf die Regierung erklärte: „Die Kernfrage sei, ob wir uns traktieren fühlen, einer unseren Wünschen zuwiderlaufenden gesellschaftlichen Gestaltung Widerstand zu leisten. Eine Blankovollmacht für eine Regierung mit dem heutigen Kurs sei gefährlich.“

Selbstverständlich wandten sich die Ärztevertreter, die in ihrer Gesamtheit ein offizieller Träger des Gesundheitsdienstes am deutschen Volke werden sollen, gegen die Fürsorgestellen als Behandlungsstellen. Besonders der unseren Lesern bestens bekannte Herr Dr. Scheyerer mußte wieder gegen die Berliner Gesundheitsämter Sturm laufen, die in vorbildlicher Weise Fürsorge mit Behandlung verbinden. Solch edlen Volksfreunden ist der Zeitverlust bei einer Trennung von Beratung und Behandlung, den die Arbeiterschaft, von deren Steuergrößen die Fürsorgeeinrichtungen erhalten werden, erleiden, hergalt gleichgültig.

Den Schluß und die Krönung dieser Tagung bildete die Einweihung des Denkmals für die gefallenen Ärzte. Besonders sinnig ist die Inschrift auf dem Denkmal: „Dulce et decorum est pro patria mori“. „Süß und ehrenvoll ist's, für das Vaterland zu sterben“. Daß das der Wahlspruch mancher deutschen Ärzte während des Krieges war, ist der Arbeiterschaft im Ländchen an die Gesundheitskommissionen noch in bester Erinnerung. Auch die verschiedene Behandlung von Offizieren und Mann in den Kriegslazaretten wird diesen Ärzten unvergessen bleiben.

Daß diese standestreue Ärzteschaft eine getreue Dienerin und Helferin der herrschenden Klasse ist und bleiben will, braucht nicht von neuem bewiesen zu werden.

ähnlicher Richtung in den verschiedenen Ländern fortzusetzen. Internationale Konferenzen und Versammlungen wissenschaftlicher, industrieller, literarischer, wissenschaftlicher oder anderer Art sollen entsprechend den Grundgedanken der Stiftung weiter gefördert werden. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen werden demnächst 50 sorgfältig ausgewählte amerikanische Professoren für internationale Recht und internationale Beziehungen nach Europa kommen, um hier Studien über internationale Organisation und internationale Assoziation vorzunehmen. Die Carnegie-Stiftung hat in jedem europäischen Land führende Persönlichkeiten für die Mitarbeit gewonnen. Sie dient keinem politischen Ziel und strebt nicht die Durchführung eines bestimmten Programms an, außer dem einer besseren Ausklärung der öffentlichen Meinung und einer Förderung des guten Willens zwischen den Nationen.

Die gegenwärtigen Mitglieder des Verwaltungsausschusses in Europa sind: die Herren Paul Appel, Honorat, Lichtenberger und Dechartier in Frankreich; A. S. Gardiner und Professor Gilbert Murray in England; Senator Albert Kering in Belgien; Dr. von Rittwitz und Gaffron in Deutschland; Professor Joseph Redlich in Oesterreich; R. C. Fatio in der Schweiz; Graf Sforza in Italien und M. Politis in Griechenland.

Die Akademie für internationales Recht, die von der Carnegie-Stiftung im Haag errichtet wurde und die jeden Sommer sechs-wöchige Vorlesungen veranstaltet, wird diese Vorlesungen fortsetzen, ferner wird die Stiftung hervorragende Organe für internationales Recht unterstützen.

Eine Sammlung von Wäckerollen. Eine seltsame Sammlung hat ein Londoner Geistlicher zusammengebracht, eine große Zahl von Wäckerollen, von denen er glaubt, daß sie die einfachste Art der Kunstfertigkeit darstellen. Er hat weite Reisen in Nordeuropa gemacht und überall interessante Stücke, die die Kunstfertigkeit der Bauern beweisen, gesammelt. In einer Reihe von Fällen waren es Stücke, die nicht nur zum Waschen dienten, sondern direkt als Hauszier verwendet wurden. In vielen sind Familienboten eingeschrieben, und so sind sie als gewichtige Chronik von der Mutter mit Stolz auf die Tochter vererbt worden. Unter den Stücken sieht man eine aus Dänemark mit dem Datum 1573, während später, im Jahre 1759, eine neue Inschrift eingeschrieben wurde und das Jahr 1820 eine Inschrift in Malerei hinzugesetzt. Diese ungewöhnliche Kunstsammlung soll jetzt dem Londoner Publikum gezeigt werden.

Prof. Otto Mabelung gestorben. Der bekannte Chirurgen Prof. Otto M. Mabelung, ein Nachkomme Nathans Claudius', ist in Göttingen im Alter von achtzig Jahren gestorben. Prof. Mabelung war während des deutsch-französischen Krieges 70/71 Arzt im Kriegslazarett Diez. Seit 1894 war er in Straßburg, wo er während des Weltkrieges trotz seines hohen Alters noch eine lebhafte Tätigkeit im dortigen Kriegslazarett entfaltete. Nach Ausgange des Krieges wurde er aus dem Elsass vertrieben und lebte seitdem in Göttingen. Prof. Mabelung hat sich sowohl als Chirurg wie auch als Wissenschaftler einen Namen erworben.

Das reiche Amerika. Nach der letzten Statistik der amerikanischen Federal Trade Commission ist das amerikanische Nationalvermögen von 353 Milliarden Dollar im Jahre 1922 auf 500 Milliarden für 1926 angewachsen. Auf den Kopf jedes Amerikaners kommt ein Vermögen von 5000 Dollar. Das jährliche Nationaleinkommen Amerikas wächst schätzungsweise von Jahr zu Jahr um ein Minimum von 10 Milliarden Dollar.

Deutscher Diplomatenklub. Keine wichtigen Veränderungen.

W.B. meldet amtlich: Der Herr Reichspräsident hat außer der bereits bekanntgegebenen Ernennung des bisherigen Mitgliedes des Reichstags Graf Lerchenfeld zum Gesandten in Wien die folgenden Ernennungen vollzogen: Es sind ernannt: der bisherige Leiter der Kulturbteilung des Auswärtigen Amtes Ministerialdirektor Heilbron zum Generalkonsul in Zürich an Stelle des in den Ruhestand tretenden Leiters des Generalkonsulats in Zürich Dr. Rheinboldt; der Gesandte in Bukarest Freitag zum Leiter der Kulturbteilung des Auswärtigen Amtes; der Gesandte in Kopenhagen von Mutius zum Gesandten in Bukarest; der Generalkonsul in Barcelona von Hassell zum Gesandten in Kopenhagen; der Gesandte in Romno Schroetter zum Generalkonsul in Barcelona und der Gesandte Morath zum Gesandten in Romno.

Dieses diplomatische Revirement betrifft nur eine geringe Zahl von Posten zweiten und dritten Ranges. Immerhin ist es bezeichnend für das im Auswärtigen Amt vorhandene Bestreben, hauptsächlich auf solche Persönlichkeiten zurückzugreifen, die noch aus der alten kaiserlichen Diplomatie stammen oder mit dem früheren Regime aus irgendeiner Art verbunden sind. Das gilt für den neuen Gesandten in Bukarest v. Mutius, der seit 1902 dem diplomatischen Dienst angehört und, obwohl bald 62jährig, auf den im Vergleich zu Kopenhagen wichtigeren Bukarester Posten befördert wird. Auch der neue Generalkonsul in Zürich, Ministerialdirektor Heilbron blüht auf eine hauptsächlich in der kaiserlichen Zeit liegenden Laufbahn zurück; er war zwar nach der Revolution zweimal Presseschef der Reichsregierung — unter Fehrenbach und unter Cuno — und zeichnete sich dabei durch seine bürokratische Haltung aus, die jeden wirklichen und fruchtbaren Kontakt zwischen ihm und der Presse unmöglich machte. Seine Entsendung als Generalkonsul nach Zürich, mutet allerdings, nachdem er eine große Abtheilung des Auswärtigen Amtes geleitet hat, nicht gerade wie eine Beförderung an, es fragt sich aber, ob denn wirklich keine jüngeren, moderneren denkenden Kräfte zur Verfügung stehen.

Die Beförderung des Generalkonsuls v. Hassell zum Gesandten in Kopenhagen ist wohl die Belohnung dafür, daß er in Barcelona, schon lange vor dem Luther-Erlaß die schwarzrotgoldene Fahne ignorierte. Vor allem ist Herr v. Hassell der Schwiegerohn von Tirpitz, und diesem Umstand verdankt er wohl in der Hauptsache seine Beförderung zum Gesandten. Herr Stresemann wollte ihn sogar ursprünglich nach Bukarest senden, doch hat die rumänische Regierung deutlich abgewinkt. Jetzt entsendet ihn das Auswärtige Amt, taktvoll und feinfühlig wie immer, nach Kopenhagen, offenbar weil er als deutschnationaler Monarchist ganz besonders geeignet ist, in ein engeres Vertrauensverhältnis zu einer rein sozialdemokratischen Regierung zu gelangen. In diesem Falle gelten natürlich die Bedenken nicht, mit denen vor nicht allzu langer Zeit das Auswärtige Amt die Ernennung eines Sozialdemokraten zum Gesandten in der Hauptstadt einer Monarchie zu verhindern wußte, wobei man sich nicht scheute, der fremden Regierung „Bedenken“ zu suggerieren, die sie in Wirklichkeit gar nicht empfand!

Poincaré vor dem Finanzausschuß.

Er fordert die Ratifizierung der Schuldenabkommen. Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat am Mittwoch nachmittag mit der Prüfung der Finanzentwürfe der Regierung begonnen. Um 3 Uhr erschien Poincaré zu einem längeren Vortrag über die Finanzentwürfe. Er betonte u. a., daß er nicht beabsichtige, noch vor den Ferien von den Kammern die Ratifikation des Londoner und des Washingtoner Schuldenabkommens zu verlangen. Die Kommission beschloß nach kurzer Debatte mit 20 gegen 12 Stimmen bei 8 Enthaltungen, in die Diskussion über die einzelnen Artikel einzutreten. Da diese Debatte bis Mittwochabend beendet sein muß, dürfte der Finanzentwurf am Donnerstag im „Journal officiel“ erscheinen. Nur unter dieser Bedingung kann am Freitag die Kammer mit der Debatte im Plenum beginnen und am Sonnabend den Entwurf verabschieden.

Der sozialistische Depuatierte Anonell, Professor der Rechtsfakultät in Lyon, hat am Mittwoch den sozialistischen Gegenentwurf eingebracht, der u. a. die obligatorische Konsolidierung der schwebenden Schuld, die Regelung der Auslandsschulden durch Schaffung einer Spezialkasse, welche durch Jahreszahlungen aus dem Dawesplan genährt werden soll, die Schaffung einer Devisenzentrale und andere fiskalische Maßnahmen verlangt.

Bevorstehende Abberufung Tirards?

De Monzie als sein Nachfolger genannt.

Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine ganze Reihe wichtiger Auslandsposten sollen in aller Kürze, wie bekannt wird, neu besetzt werden. An Stelle des bisherigen französischen Oberkommissars in Syrien, de Jouvenel, der nicht mehr nach Beirut zurückkehren wünscht, soll der General Wengand treten, der bereits vor dem General Sarrail diesen Posten inne hatte. Auch der bisherige Oberkommissar der Rheinlande, Tirard, der sich bereits seit einiger Zeit in Paris aufhält, wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Er soll durch einen bekannten Parlamentarier ersetzt werden; der Name de Monzie wird genannt. Endlich muß der Posten eines französischen Delegierten bei der Reparationskommission, mit dem die Präsidentschaft der Kommission verbunden ist und der durch Barthous Eintritt ins Ministerium frei wurde, neu besetzt werden. Poincaré hat dafür den radikalen Abgeordneten Franklin-Bouillon in Aussicht genommen.

Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In diesem politischen Kreise verlautet, daß Poincaré beabsichtigt, dem elsass-lothringischen Problem ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er hat deshalb bereits vor einigen Tagen die Regelung der elsass-lothringischen Angelegenheiten dem Justizminister Barthou entzogen und der Ministerpräsidenten angegliedert. Er soll darüber hinaus beabsichtigen, einen elsass-lothringischen Abgeordneten eigens mit der Verwaltung der elsass-lothringischen Angelegenheiten zu betrauen. Außerdem hat Poincaré über die Vorfälle in Schleissstadt im Elsaß, wo der Stadtrat beschloß, die französischen Strafnamen durch die früheren deutschen zu ersetzen, eine strenge Untersuchung angeordnet.

Polizeitag in Bochum. Unser gestriger Bericht enthält einen sinnentstellenden Druckfehler, dessen Korrektur sich allerdings von selbst ergibt. Polizeioberst Kran-Hannover trat nicht für „rücksichtslos“, sondern für rücksichtsloses Vorgehen der Polizeibeamten ein. Die Grüße des Ministers Severing überbrachte Ministerialdirektor Aberg.

Reichswehr und Volksofferstand.

Das Reichswehrministerium verhindert die Aufklärung über das Darlehen von 10 000 M.

Dresden, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Von den am Mittwoch im Volksofferprozeß vernommenen Zeugen sprach zunächst Frau Reihner über starke Phantasie und große Einbildungskraft ihres Mannes. Er habe Sachen erzählt, die nicht der Wahrheit entsprächen. So soll sich Reihner auch einmal eingebildet haben, er hätte gelegentlich kommunistischer Unruhen zwei Personen niedergeschlagen. Ferner hat er sich eingebildet, zukünftiger Außenminister zu sein. Er hätte als Minister, wie er sagte, viel für Deutschland durchsehen wollen und deshalb auf einen solchen Posten gerechnet. Die Zeugin bleibt als Ehefrau des Angeklagten unverändert.

Nach ihrer Vernehmung gab es ein neues Ereignis. Der Vortragende teilte den Inhalt eines

Telegramms des Reichswehrministeriums

mit, in dem Major Uth, der über die Verwendung des von der Reichswehr beim Volksoffer ausgenommenen Darlehens von 10 000 Mark auszusagen sollte, als unabhöflich bezeichnet wird, da er in einer Abtheilung einen anderen Herrn zu vertreten habe, der verunglückt sei. Am Tage zuvor wurde bekanntlich angegeben, Uth könne nicht erscheinen, da er selbst in Wien verunglückt sei.

Der Angeklagte Löffler hatte am Dienstag gesagt, die 10 000 M. seien für die Schwarze Reichswehr verwendet worden. Hat das Wehrministerium in Berlin, das jetzt den Zeugen Uth für unabhöflich erklärt, kein Interesse an der Aufklärung des Sachverhalts oder hat es diese Aufklärung etwa zu fürchten Soll es als erwiesen zu betrachten sein, daß die 10 000 M. Volksoffergelder tatsächlich für die Schwarze Reichswehr verwendet worden sind?

Das Reichswehرداریen sollte auch in der Verhandlung während der Vernehmung des nächsten Zeugen, des Fabrikdirektors Behning aus Kadebeul eine Rolle spielen. Behning gehörte zu den Vertretern der Industriellen bei Gründung des Volksoffers. Er gab zunächst Auskünfte über Entstehung und Zweck des Volksoffers. Dann kam die Rede auf das Reichswehرداریen, von dem er Kenntnis hatte. Der Zeuge sagte, er wisse nicht, für welche Zwecke die 10 000 M. von General Müller verwendet worden seien. Rechtsanwalt Dr. Fleischhauer, der Verteidiger Löfflers, machte Vorbehalte und sagte: Es wird uns hier General Müller als oberster Befehlshaber des Volksoffers präsentiert. Wer hat ihn dazu gemacht? Behning erwiderte, Müller sei tatsächlich die führende Seele des Unternehmens gewesen, den Verwendungszweck des Geldes kenne er jedoch nicht.

Löffler dagegen erklärte, er habe die 10 000 M. persönlich an General Müller ausgehändigt, und dieser habe ihm, Löffler, den Verwendungszweck genannt. Er werde aber aus Gründen der Staatssicherheit den angegebenen Zweck nicht in öffentlicher Sitzung nennen; doch stelle er fest, daß das Darlehen zinslos gegeben worden sei, und zwar auf neun Monate.

Bücherrevisor Ringel sagt aus, daß das Darlehen nach den vorgefundenen Buchungen nach vier Monaten (Mai bis September) zurückgezahlt wurde.

Der Verteidiger Löfflers, Rechtsanwalt Dr. Fleischhauer, brachte dann nochmals die Ladung des Majors Uth zur Sprache, von dem es erst geheißen habe, er sei in Wien verunglückt. Der Postbote könne diesen Vermerk doch wohl nur auf Grund einer in Berlin erhaltenen amtlichen Mitteilung gemacht haben. Noch am ersten Verhandlungstage sei dann aber aus Berlin die abermals amtliche Mitteilung eingetroffen, daß Uth in Berlin wäre und zur Vernehmung zur Verfügung stehe. Heute gehe eine neue amtliche Nachricht aus Berlin ein, die einen anderen als Uth als verunglückt bezeichne und Uth selbst als unabhöflich.

Er bitte, den Zeugen Uth als nicht ausstreichend einschuldig an Uth zu wollen und sein Erscheinen anzuordnen.

Die Beweisaufnahme wurde nachmittags durch die Vernehmung des Zeugen Kapitän von Abendroth, Mitglied des Nationalen Klubs, fortgeführt. Der Zeuge sollte über die Veranlassung des Angeklagten Reihner auszusagen und wiederholte die schon in erster Instanz gemachten Angaben, nach denen Reihner wiederholt ehrgeizige Absichten geäußert und viel getrunken haben soll. Von Abendroth hat den Angeklagten für geistig hochstehend gehalten. Auch Hauptmann Siemens sprach von den großen nationalen Plänen Reihners.

Als psychiatrischer Sachverständiger für Reihner fungierte Medizinalrat Generalarzt a. D. Dr. Benncke. Er gab einleitend eine Art Familienanalyse, sprach von degenerativen Einflüssen in der Familie, von Asthma, das bei Reihner in schwerer Form aufgetreten und von einer Frühreife des Angeklagten. Er sei ein außerordentlich phantastischer Mensch gewesen, und die übersteigerte Phantasie habe ihn dann wohl zu Wahnbildungen geführt. Hinzugekommen sei auch noch ein zeitweise ungewöhnlich starker Alkoholgenuß. Das Gutachten des Neurologen bezeichnet Reihner schließlich als schwer psychiatrischer Natur, als gemindert zurechnungsfähig, aber nicht unverantwortlich gegenüber dem Strafgesetze. Reihner selbst erklärte, er wolle keinen Anspruch auf eine Zubilligung des § 51 erheben, nur solle seine damalige Geistesverfassung und sein damaliger Gesamtzustand in Rücksicht gezogen werden.

Am Schluß der Beweisaufnahme erfolgte eine Aussprache über die von den Verteidigern Reihners und Löfflers noch zu stellenden Beweisanträge. Der Beweisantrag des Anwalts Löfflers bestand auf der Ladung des Majors Uth aus Berlin, durch dessen Aussage über die Vergebung eines Reichswehرداریens aus dem Volksoffer die Darstellung des Zeugen, des Fabrikdirektors Behning, widerlegt bzw. bewiesen werden soll. Löffler will das Gericht davon überzeugen, daß Darlehensabgaben im Volksoffer nichts Ungewöhnliches gewesen seien und in dieser Beziehung General Müller selbst beispielgebend gewirkt hat. Der Staatsanwalt hat, die Anträge abzulehnen, er wolle aber auf der anderen Seite auch nicht die Löfflerschen Angaben als wahr unterstellt wissen. Das Gericht verkündete schließlich, daß Major Uth telegraphisch für Sonnabend mittag 12 Uhr zu laden ist. Bis dahin sind die Verhandlungen vorläufig.

„Für europäische Verständigung.“

Ein Aufruf.

Der Verband für europäische Verständigung veröffentlicht im Anschluß an die kürzlich mitgeteilte Rundgebung folgenden Aufruf:

Das Zeichen für die Ausöhnung der europäischen Völker ist mit dem Vertrage von Locarno gegeben. Das dort geleistete Verständigungswerk hat selbst die Genfer Krise überstanden. Verlauf und Ergebnis der Verarmung von Genf haben aber vor der ganzen Welt dargelegt, daß auch innerhalb dieses erdumspannenden Staatenverbandes der Kreis der europäischen Völker sich gesondert verständigen muß.

Die Schöpfer des Vertrages von Locarno haben zunächst nur Reibungsursachen beseitigt und damit die drohende Gefahr neuer europäischer Konflikte vermindert. Sie selber nennen ihr Werk einen Anfang. Sie erklären: Die Regierungen können nur die Wege ebnen; der Zusammenbruch zu positiver Zusammenarbeit muß das Werk der Völker sein.

Das deutsche Volk ist bereit, seine Lebensinteressen auf dem Wege weiterer Verständigungsarbeit zu sichern. Andererseits haben die übrigen Völker begriffen, daß eine Weiterentwicklung Europas ohne vollen Ausgleich mit Deutschland unmöglich ist. Soll aber die neue Ordnung, die zur allgemeinen Wdrüstung führen muß, von Dauer sein, so muß die Gemüthlichkeit geschaffen werden, daß die moralischen Garantien, die an die Stelle der militärischen treten, von keiner Seite verletzt werden. Dies kann nur durch eine Verlesung der Gedanken des Friedens und der Solidarität sowie durch Verflechtung der Wirtschaften erreicht werden.

Für beide Ziele — Sicherung der deutschen Interessen und Annäherung der Völker — will der

Verband für europäische Verständigung

alle Kreise unseres Volkes sammeln, die die Verständigungsarbeit zu fördern bereit sind.

Dieser Verband ist soeben, im Einvernehmen mit gleichstrebenden Gruppen anderer Völker, unter Anknüpfung an die von führenden Deutschen noch vor dem Weltkriege geschaffene Organisation ähnlicher Richtung („Verband für internationale Verständigung“, Frankfurt 1911), sowie unter korporativer Zusammenfassung einer Reihe von anderen großen Vereinigungen, ins Leben gerufen worden. Dem vorläufigen Vorstand gehören an: Prof. Schäding als Vors., Wilhelm Heile als geschäftsführender Stellvertreter des Vors., ferner die Abgeordneten Prälat Kaas, Wiesberts, Dr. Cremer, Bikes, Sollmann, Wiffell, Ruchte und Frhr. v. Reibnitz.

Aus allen Teilen Deutschlands erhalten wir Zuschriften, die davon zeugen, daß eine mächtige Bewegung für die europäische Zusammenarbeit bei uns eingeleitet hat.

Jeder Deutsche, dem der Aufstieg unseres Landes und das Schicksal Europas am Herzen liegen, muß sich dem neuen Verband anschließen. Freunde des europäischen Gedankens, meldet euch bei der Geschäftsstelle des „Verbandes für europäische Verständigung“ (Berlin-Wilmersdorf, Postfach 16).

Der Aufruf ist unterzeichnet u. a. von Gertrud Bäumer, Peter Behrens, Ludwig Bergsträßer, Graf Bernstorff, Prof. Bonn, Oberbürgermeister Brauer (Altona), Lujo Brentano, Prof. F. Diefenbach (Frankfurt), Heinrich Dove, Hans Driehs, Albert Einsteil, Anton Erkelenz, Albert Falkenberg, Dr. Hermann Fischer, Reichswehrminister Dr. Götter, Johannes Wiesberts, Walter Goeck, Eberhard Gothein, Otto Grautoff, Prof. Grotjahn, Ludwig Haas, Prof. Bernhard Harms, Gustav Har-

mann, Gerhard Hauptmann, Otto Höring, Leopold Jekner, Joseph Joos, Prälat Kaas, Prof. Kahl, Dr. Kempter, Graf Harry Kessler, Adolf Köster, Reichsinnenminister Dr. Kütz, Konrad Köhler, Erich Koch, Prof. Emil Lederer, Theodor Leipart, Paul Löbe, Elisabeth Lüders, Hermann Luppe, Dr. Hans Luther, Reichsfinanzminister Dr. W. Marx, Prof. Wendelssohn-Bartholdy, August Müller, Gustav Noske, Otto Ruchte, Wilhelm Ostwald, Bürgermeister Karl Petersen, Gustav Radbruch, Prof. Martin Rade, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, Karl Severing, Oberpräsident Siehr, Reichsgerichtspräsident Simon, Prof. Einzelmeier, Wilhelm Sollmann, Dr. Sorge, Dr. Spielter, Gustav Schneider, Handelsminister Schreiber, Prälat Dr. Schreiber, Prof. v. Schulze-Gövernig, Prof. Stier-Somlo, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Helene Teusch, Pfarrer Ullrich, Prof. Vierland, F. Wachhorst de Wente, Prof. Heinrich Waentig, Hildegard Wegscheider, Dr. Hans Wehberg, Joseph Wirth, Rudolf Wiffell.

Dershin's Nachfolger.

Rubinschew Leiter des Volkswirtschaftsrates.
Unschlicht Leiter der Tscheka.

Moskau, 27. Juli. (D.F.) Wie in kommunistischen Parteikreisen verlautet, ist die Ernennung Rubinschew zum Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates als Nachfolger Dershin's und Unschlicht's zum Chef der Politischen Polizei bereits vollzogen, wenn sie auch noch nicht publiziert worden ist. Rubinschew gehört zu den führenden Wirtschaftspolitikern, ist Kommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion und Vorsitzender der Zentral-Kontrollkommission der R.P. Unschlicht ist der Stellvertreter des Vorsitzenden des Revolutionskriegsrates und hat sich bereits früher im Dienst der Politischen Polizei (damals noch Tscheka) betätigt. Beide gehören zu den bewährten Säulen der von der Parteimehrheit befolgten Politik.

Abeßinien setzt sich zur Wehr.

Protest an den Völkerverbund gegen das englisch-italienische Abkommen.

Genf, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Völkerverbundsekretariat hat am Mittwochabend den formellen Protest der abeßinischen Regierung an den Völkerverbund gegen das britisch-italienische Abkommen über wirtschaftliche Sonderrechte in Abeßinien veröffentlicht. Darin wird ausgeführt, daß das britisch-italienische Abkommen ohne Mitwirkung und ohne Wissen der abeßinischen Regierung abgeschlossen worden sei, deshalb von ihr nicht anerkannt werde und insbesondere aber dagegen protestiert werden müsse, daß das gemeinsame Vorgehen der britischen und italienischen Regierung die Ausübung eines politischen Druckes bewirke.

In einer weiteren Note an sämtliche Völkerverbundmitglieder ersucht die abeßinische Regierung, die Frage zu prüfen, ob sich das Abkommen mit der Unabhängigkeit Abeßiniens vereinbaren lasse. Es wird dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Abeßinien bei seinem Eintritt in den Völkerverbund im Jahre 1923 entsprechend den Statuten wie allen Mitgliedern gleiche Rechte zugebilligt und zum Ausdruck gebracht wurde, daß seine Unabhängigkeit von allen anderen Staaten respektiert werden müsse.

Der englische Metallarbeiterkongress fordert am 27. Juli 1926 die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Metallwaren aus Ländern, in denen unter abnormen Bedingungen produziert wird. (Frankreich!)

Gewerkschaftsbewegung

Schutz der Jugend!

Gegen die Ueberlastung durch das Arbeitstempo.

Die schweren volksgesundheitlichen Schäden, die in der Arbeiterbevölkerung und vor allem in der heranwachsenden Jugend als Folgen der Arbeitslosigkeit festgestellt werden und die bedenklich an ähnliche Erscheinungen der Inflationszeit erinnern, haben in der Öffentlichkeit wieder die Forderung auf Verstärkung des Schutzes für die arbeitende Jugend wachgerufen. So hat der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeitfrage für die Jugend mit Rücksicht auf ihre Entwicklung unerträglich ist und den baldigen Erlaß eines die Bedürfnisse der Bedrängten, jugendlichen Arbeiter und Angestellten entsprechenden Arbeitszeitgesetzes als dringend notwendig gefordert. Ebenso verlangt der Reichsausschuss Neuregelung des Urlaubs: drei Wochen bezahlte Ferien für die erwerbstätige Jugend unter 16 Jahren, zwei Wochen für die zwischen 16 und 18 Jahren.

Wie wir erfahren, sind in dem neuen Arbeitsschutzgesetz besondere Bestimmungen für die jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmer vorgesehen, die sowohl für die Arbeitszeit wie hinsichtlich der eigentlichen Schutzbestimmungen gegenüber dem bisherigen Zustand Verbesserungen enthalten. Die Regelung der Urlaubsfrage hat das Reichsarbeitsministerium allerdings noch offen gelassen. Es ist sich noch nicht klar darüber, ob man besondere Urlaubsbestimmungen für die Jugendlichen schaffen oder deren Urlaub zusammen mit dem aller Arbeiter gesetzlich regeln soll, obwohl bei den Jugendlichen die Regelung besonders dringend ist.

Die Rationalisierung der Betriebe, die die Arbeitsmethoden verschärft, gibt den Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, ausreichenden Urlaub, Wochenfrühstück usw. für die gesamte Arbeiterschaft erhöhte Bedeutung. Eine weitsehende Sozialpolitik muß schon aus volksgesundheitlichen Gründen diesen Forderungen weitberzig Rechnung tragen. Zeit ist nicht nur Geld, — Zeit ist Leben!

Hodges über den englischen Streik. Die voraussichtlichen Folgen des Streiks.

In einem Interview, das der Sekretär der Bergarbeiterinternationalen Frank Hodges dem Londoner Vertreter des „International News Service“ gab, äußerte sich Hodges dahin, daß er immer der Meinung gewesen sei und noch der Meinung ist, daß die englischen Bergarbeiter die Schlussfolgerungen des Reichs der Kohlenkommission ohne jeden Vorbehalt annehmen sollten. „Ich weiß nicht“, fügte Hodges hinzu, „ob diese Bedingungen den Bergarbeitern noch offen stehen. Wenn dem aber noch so wäre, wenn die Bergarbeiter noch zu dem Bericht zurückkommen, so würde das der ehrenvollste und wirksamste Ausweg aus ihren Schwierigkeiten sein.“

Auf den Hinweis auf den Artikel des „Vorwärts“, in dem gesagt wurde, daß die englischen Bergarbeiter die bestmöglichen Bedingungen, die sie erreichen können, annehmen sollten, um den Streik zu beendigen, erwiderte Hodges: „Der „Vorwärts“ hat vollkommen recht. Das Ziel der internationalen Bergarbeiterföderation ist die Einheit der Löhne und Arbeitszeit in allen Bergbaubezirken auf der Grundlage des Bezirks, der die besten Bedingungen hat, und die internationale Kontrolle über die Verteilung der Kohle. Die deutschen Bergarbeiter arbeiten acht Stunden täglich im Ruhrgebiet und achteneinhalb Stunde in Oberschlesien. (In Oberschlesien herrscht bekanntlich gegenwärtig ein Konflikt um die Rückkehr zum Achtstundentag, während die effektive Arbeitszeit im Ruhrgebiet mit Ein- und Ausfahrt nicht ganz acht Stunden beträgt. Redaktion des „Vorwärts“). In Ermangelung einer konkreten Bewegung zu einer internationalen

Verständigung auf dieser Grundlage ist es besser, daß die englischen Bergarbeiter die harten und wirtschaftlichen Tatsachen anerkennen und sich ihnen anpassen, bis eine derartige internationale Verständigung erreicht ist.“

Ueber die wirtschaftlichen Folgen dieses Streiks äußerte sich Hodges folgendermaßen: „Das hauptsächlichste Ergebnis des Bergarbeiterstreiks wird zweifellos der ständige Verlust von Absatzgebieten für die britische Kohlenausfuhr sein. Die Größe dieses Verlustes hängt ab von der Dauer des Streiks. Länder wie Amerika, Deutschland und Polen werden, wenn der Streik lange dauert, Märkte für die Kohlenkäufer werden, die bisher zu dem englischen Markt gekommen sind. Ich fürchte, daß dies unermesslich ist. Sicherlich wird die Folge davon sein, daß Großbritannien eine große Anstrengung machen wird, um die Märkte zurückzuerobern auf der Grundlage von niedrigeren Preisen. Das Ergebnis von all diesem wird eine Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes sein, die zum Schaden aller ausgehen wird.“

Vor der Tagung der englischen Bergarbeiter.

London, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die gesamte Exekutive des Bergarbeiterverbandes traf am Mittwoch in London ein, um am Donnerstag der Delegiertenkonferenz vorzulegenden Bericht über die Streiklage fertigzustellen. Eine aus Mitgliedern der Bergarbeiterexekutive und einer Vertreterin des Frauenhilfskomitees zusammengesetzte Delegation reist am Sonnabend nach Amerika ab, um die amerikanischen Gewerkschaften für eine große Hilfsaktion zugunsten der britischen Bergarbeiter zu gewinnen.

In einer halbamtlichen Mitteilung betont die Regierung die Unmöglichkeit für Baldwin, der Aufforderung der Bergarbeiterexekutive nachzukommen und die Kohlenreviere aufzusuchen; ein solcher Schritt sei für den Ministerpräsidenten angesichts der fortlaufenden Informationen völlig unnötig.

Was geht im Einzelhandel vor?

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Für die kaufmännischen Angestellten des Berliner Einzelhandels wurde bekanntlich vor einigen Tagen ein Schiedsspruch gefällt, der eine Gehaltsminderung um durchschnittlich 10 Proz. vorsah. Die Angestellten lehnten jeden Schiedsspruch ab, weil selbst die bisherigen Gehälter ihnen kaum eine Lebensmöglichkeit bieten. Während sich der Zentralverband der Angestellten bemüht, durch neue Verhandlungen eine vernünftige und den Bedürfnissen der Angestellten Rechnung tragende Regelung zu schaffen, versuchen einige Arbeitgeber mit unqualifizierbaren Methoden die Angestellten in die Irre zu machen.

So hat die Firma H. Wertheim Listen zirkulieren lassen, auf denen die Angestellten ihr Einverständnis mit den im Schiedsspruch vorgesehenen Gehältern bescheinigen sollen. Um der Sache den nötigen Nachdruck zu verleihen, muß das Aufsichtspersonal die Unterschriften einsammeln. Zeit zum Überlegen und zu Rücksprache mit den Kollegen wird den Angestellten nicht gegeben. Es heißt dann: „Nur man flücht, damit wir fertig werden.“ Viele Angestellte haben bittere Tränen geweint, weil sie nicht wissen, was sie mit den geringen Beträgen anfangen sollen. Aber sie haben unterschrieben, um nicht auf der Straße zu liegen.

Die Firma Hermann Tietz hat sowohl dem Ausschusspersonal als auch den übrigen Angestellten Kenntnis davon gegeben, daß ab 1. August nur noch die Gehaltsätze, die in dem Schiedsspruch vorgesehen sind, zur Auszahlung kommen. Wer sich damit nicht einverstanden erklärt, soll seine Stellung aufkündigen.

Wir warnen die Angestellten davor, irgendwelche Unterschriften zu leisten: Keine Firma ist berechtigt, einseitig die Gehaltsbedingungen festzulegen. Die Tarifverträge werden nicht von den einzelnen Angestellten und den Firmeneinhabern, sondern von den dazu berufenen beiderseitigen Organisationen abgeschlossen. Es scheint aber auch an der Zeit zu sein, daß sich die Berliner Bevölkerung mit den Verhältnissen im Einzelhandel, hauptsächlich in den Warenhäusern, etwas eingehender beschäftigt.

Angestellte, laßt euch nicht ins Bohorn jagen! Die Verhandlungen gehen weiter. Jeder Angestellte aber hat die Pflicht, die

Organisation in ihrem Kampf um menschenwürdige Entlohnung zu unterstützen. Weitere Auskünfte werden im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, erteilt.

Das Washingtoner Abkommen ratifiziert. In Belgien... Und Deutschland?

Brüssel, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Senat ratifizierte nach zweitägiger, ziemlich leidenschaftlicher Debatte am Mittwoch das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag mit 103 gegen 16 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Vorher eröffneten sich die Liberalen wie die katholischen Konservervaten eine scharfe Offensive gegen die Ratifizierung und beantragten ihre Verlagerung, bis die anderen beteiligten Länder ratifiziert hätten. Es bedurfte des energischen Eingreifens zahlreicher Arbeitervertreter, sowie der offenen Drohungen Vanderveldes, daß die Verweigerung der Ratifizierung den Rücktritt der sozialistischen Minister zur Folge hätte, um die Konservervaten Opposition zu überwinden. Da die Kammer die Ratifizierung schon vorgenommen hat, steht Belgien nunmehr formell auf dem Boden des Washingtoner Abkommens. Während der Senatsdebatte wurde von berufener Seite wiederholt darauf hingewiesen, daß nach den Zusicherungen des Reichsarbeitsministers auch Deutschland demnächst das Abkommen ratifizieren werde.

Die Lohnanpassung in Belgien.

Brüssel, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die belgische Kohlenkommission beschloß, der vor kurzem gewährten fünfprozentigen Lohnhöhung im Bergbau Anfang August eine weitere von 5 Proz. folgen zu lassen. Im August soll nochmals geprüft werden, ob der Balutarückgang eine weitere Lohnhöhung rechtfertigt.

Die gemischte Kommission der Schwerindustrie erörterte ebenfalls die Frage einer Lohnhöhung. Die Arbeiter forderten eine Zulage von 20 Proz. Nach langer Debatte war von den Unternehmern nur die Zustimmung zu einer sofortigen Erhöhung um 10 Proz. zu erhalten.

Achtung Zimmerer! Die Baustellen Wilmersdorf Sächsische Straße von der Firma Hornemann sind gesperrt, weil die Kameraden, die sich gegen Akkordarbeit wehren, darunter der Vertrauensmann, gemahregelt sind. Kameraden, übt Solidarität mit den Gemahregelten, meidet die Baustelle!

Zentralverband der Zimmerer, Jähstraße Berlin und Umgegend.

Achtung, Zimmerer! Verbandskameraden, organisiert für guten Besuch der Bezirksversammlungen, in der sehr wichtigen Frage zur Beratung stehen. Freitag, 30. Juli, 7 Uhr, tagen die Bezirke 14, 21 und 20. Sonnabend, 31. Juli, tagen alle übrigen Bezirke, nur mit Ausnahme des Bezirkes 4 (Stiner), der am Sonntag, 1. August, vormittags 10 Uhr, und des Bezirkes 4, der erst am Sonntag, 2. August, tagt. Alle Versammlungen finden in den bekannten Lokalen der Bezirke um 7 Uhr statt. Der Bezirk 20 (Reußhain) tagt bei Dauscher, Alteheide 25, der Bezirk 28 (Charlottenburg) in Schmallschloß, Scherrenstr. 24.

Zentralverband der Zimmerer, Jähstraße Berlin und Umgegend.

Achtung, Schneider! Bez. 8, Reußhain: Montag, 2. August, 7 Uhr, Fortsetzung der Bezirksversammlung vom 3. Juli im Restaurant „Bergschloßhütte“ (früher Karisgärten), Rastlagertstraße.

Jugendgruppe des F.V. Beitz, Donnerstag, 1 1/2 Uhr (haben Versammlungen folgende Abteilungen statt: **Erziehung:** Jugendheim Wilmersdorf, 84 (Rinderherd), Arbeitergemeinschaft über „Ammunitionelles Haus“ (Dürle). — **Hermanntage:** Jugendheim Jähstraße, 24, Ecke Conderstraße. Vortrag: „Wie wieder Krieg“.

Freie Gewerkschaftsjugend, Deutscher Donnerstag, 1 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: **Mitte:** Jugendheim Neuz Rönitz, 21, Holmann kommt. — **Rheinland:** Jugendheim Grünauer Str. 5, Bettens von Dons Gads. — **Trampel:** Jugendheim Germaniastr. 44, Hundstagenstraße. — **Sachsen:** Jugendheim Reichendörfer Str. 66, Beitzstr. „Der Anarchismus“. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Gelsenburger Str. 2, Spätergang durch den Gesundbrunnen und Webling, Treffen im Heim. — **Spanbau:** Jugendheim Luisenpark 1. Die ersten noch Püngerablage haben. — **Ausgangs:** veranstalten die Gruppen: **Oberschlesien:** auf dem Sportplatz der Metallarbeiter an der Obersee, Erziehung im Exerzierplatz, Wirtel 8, Reußhain im Volkspark Jähstraße, Rednung auf dem Platz an der Einfahrt Jähstraße.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: Franz Goldmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Felix Kersch; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, SW 68, Lindenstraße 1. Hierzu eine Beilage, „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vorwärts“.

EINHEITS-PREISE

Jetzt kaufen

heißt sparen



EINHEITS-Preis
95

EINHEITS-Preis
1 90

EINHEITS-Preis
2 85

EINHEITS-Preis
4 50

Eine Veranstaltung im Erdgeschoss unserer Häuser nach neuartiger Verkaufsmethode.

Wir bringen eine Riesenauswahl Waren aller Art zu vier Einheitspreisen die derart billig sind, dass

jeder Artikel ein Schlager ist.

Vorverkauf Freitag!

HERMANN TIETZ



Die Mode teilte einmal streng die einzelnen Gesellschaftsklassen, schon Schiller sang in seinem „Freude schöner Götterfunke“, — „Was die Mode streng geteilt.“ Vieles ist anders geworden, man benimmt sich demokratischer.

Die Mode hat sich allmählich in eine sehr vernünftige, emanzipierte Dame verwandelt. Allen Respekt vor den Fortschritten, die sie in den letzten Jahren gemacht hat. Alles ist praktischer und manchmal auch billiger geworden. Die Grundlinien der Mode sind nicht mehr launisch wie früher, sind schon seit langem, eben ihrer Bequemlichkeit und Einfachheit wegen, dieselben geblieben: kurzer Gloden- oder Faltenrock, glatte, meist durchgehende Taille, Schlupf vorn, oder Schlupf hinten, und nur die Kleinigkeiten, die so sage ufm. wechseln, denn schließlich will ja auch der Modeschneider leben. Früher benötigte man bis zu sieben Meter Stoff für ein Kleid, heute kommt man bereits mit zwei bis drei Meter aus, wobei man allerdings in Betracht ziehen muß, daß der Stoff heute dreimal so teuer ist.

Modern und modern ist zweierlei.

Die einen behaupten, die Mode sei ein launisches Wesen, das sich jeden Moment anders gebe und dem man nachzujagen müsse wie der Göttin des Glücks, um ihm immer zu genügen und modern zu sein. Gewiß ist sie das, denn sie ist einsichtig. Denn was hätten schließlich viele Leute zu tun, wenn sie nichts anzuziehen hätten? Aber es gibt Unterschiede. Die einen sitzen in Hauteuils und rauchen teure Zigaretten, sie fahren in Autos und tanzen im Kasino, sie tragen Schuhe aus Krokodilleder oder Schlangenhaut, die ihnen den Ausdruck des Pariser Schuhmachers tragen, und führen das neueste Modell von Drecolli spazieren, der Entwurf extra mit ein paar hundert Mark bezahlt, und pudern sich und haben rotgemalte Lippen, nicht weil sie sonst alt und häßlich aussehen würden, sondern weil das eben modern und mondän ist. Aber auch die anderen sind jung und hübsch und wollen sich putzen und stehen mit großen Augen vor den Schaufenstern, in denen die neuesten Frühjahrsmodelle „von der Stange“ angewiesen werden. Aber es ist merkwürdig, alles, was modern ist, ist viel teurer als gewöhnlich. Der Meter kariertes Taft (liegt 80 Zentimeter breit) kostet 13,50 M., bis 16,50 M., während er sonst für 6,50 M. zu erhalten war. Dafür sind aber, so schreiben die Pariser Blätter, schottisch gemusterte Toffkleider augenblicklich große Mode. Und das helle Sommerkleidchen kostet 29,50 M. So daß man schließlich ausrechnet, daß

man zwei Wochenlöhne unmöglich zübrigen kann und das alle noch einmal auffährt.

Man muß sich zu helfen wissen.

Wer aber ein wenig Geschmod und Geschick hat und mit der Nähmaschine umzugehen weiß, kann sich doch helfen: Der helle, lustige Stoff braucht nicht gerade „lehter Schid“ zu sein, schön ist er doch und kostet nur halb soviel wie sein moderner Bruder. Man läßt auch etwas von dem vielen Besatz weg, eine einfache Spitze genügt und wirkt oft viel netter. Einfache Sachen sind immer geschmackvoll, und wenn man jung und schlank ist, nimmt man es im selbstgeschneiderten Kleidchen auch mit der eleganten Dame auf, die das Modell von Drecolli trägt. Man muß es verstehen, sich einzurichten. Wenn einem geschmackvollen Menschen z. B. blau nicht steht, wird er blau eben nicht tragen, auch wenn diese Farbe Modefarbe geworden ist, und wenn man einen Meter Stoff dadurch sparen kann, begnüge man sich z. B. mit einem engen Kermel, statt den modernen weiten zu wählen. Wenn das Kleid nur den Grundgedanken der Mode folgt, wird es schön sein und nicht aus dem Rahmen des Modernen fallen. Und man wird das Kleid lange tragen können. Beim Wählen eines Kleides, sei es fertig gekauft oder selbst geschneidert, achte man deshalb darauf, daß es in keiner Weise zu sehr einer Augenabildmode folgt, zu kurz oder zu eng ist, irgendein auffallendes Muster oder einen ausgeklügelten Schnitteffekt zeigt, dann wird man billig, praktisch und doch modern gekleidet sein.

Das Kleid der Jugend.

Man trägt keine Korsetts mehr, sondern gesunde, durchgehend gearbeitete Ober- und Unterkleidung, die die natürlichen Formen des Körpers frei umschließt, man trägt Schuhe mit flachen Absätzen und bequeme kleine Hüte, die wirklich schützen und ohne Hutnadel, diese Modinstrumente unseiner Angedenkens, getragen werden können. Aber in diese auf Hygiene und Zweckmäßigkeit gestellte Zeit ragt eine Tracht hinein, das Kleid der Jugendbewegerin, das eigentlich ein Leberbleibsel aus den Tagen ist, da die Mode noch Schleppe, Pespentiaillen und viele Untertüde kannte, die Frau aber endlich begann, sich auf ihren Körper zu besinnen; also aus der Zeit der beginnenden Emanzipationsbestrebungen der Frau, deren Symbol das Reformkleid wurde. Aber die Mode hat heute alles wieder gutgemacht, — abgesehen von ihren Extravaganzen natürlich. — ja sogar das Reformkleid überflügelt, ist entschieden be-

quemter als das Kleid der Jugendbewegerin mit dem kurzen Leibchen und dem ziemlich langen und weiten Faltenrock. Womit nicht bestritten werden soll, daß es als Tanz- und Wandertkleid unserer Jugend schön ist; es ist ein lebendiges frisches Bild, die hellen, flatternden Gewänder in Wald und Weide, aber sie passen eben nur in Wald und Weide und für das junge, schlankes Mädchen, und nicht in das Bureau und den Fabriksaal, nicht in die Untergrund- und die Stadtbahn.

Letzten Endes ist eben die Wahl der Kleidung doch, trotz der Uniformierungsbestrebungen der herrschenden Mode, eine rein persönliche Angelegenheit und muß dem Geschmack des einzelnen überlassen bleiben.

Marcia Reale.

Novelle von Andreas Lajko.

Kein Tag verging, ohne daß Cesare Pasquali brünstig seinen Schuttpatron gedankt hätte für das glückliche Zusammentreffen mit dem deutschen Seher. Wäre das spöttische Lächeln seines Freundes nicht gewesen, er hätte dem heiligen Nepomuk, der sich immer noch gnädig gezeigt hatte, eine dicke Kerze gestiftet, so deutlich fühlte er, daß ohne Rat und Hilfe dieses Fremden ein schlimmes Schicksal über ihn herein- gebrochen wäre in dem Gedränge der Hafenstadt.

Von der verwitweten Bäuerin in Tirol war längst keine Rede mehr. Es war unheimlich, wie klar der Seher mit seinem einzigen Auge die Menschen durchschaute und mit einem Scherz, den der Dummste verstehen mußte, alles so vor einen hinzustellen verstand, wie er es mit seinem raschen Blick erfaßt hatte. Ein Leben lang hätte Pasquali über seinen Plan nachdenken können, ohne auf die einfache Wahrheit zu kommen, daß seit der Rückkehr aus der Gefangenschaft auch in das kleine Tiroler Dorf die Männer heimgeflutet waren aus dem Felde und der Fremde. Ein immer noch ganz sauberes Frauenzimmer mit sechs Milchfühen im Stall, . . . mußte da erst einer aus Italien kommen? — — —

Es war ja . . . wenn man es recht bedachte . . . merkwürdig, daß der Seher die Hoffnungen eines anderen so schlagfertig zu zerpfücken wußte, ohne daran zu denken, daß für Sizilien genau die gleichen Wahrheiten galten! Pasquali war es bange vor den Enttäuschungen, die seinem Freunde dort unten bevorstehen konnten, und das bestärkte ihn noch mehr in seinem Vorhaben mitzugehen. Es konnte freilich auch sein, daß der Fremde recht behielt! Einen Kerl, der so voller Schnurren und Geseheit stekte, vergaß ein Mädchen nicht leicht! Vielleicht wurde er im Handumdrehen Weinbergbesitzer und stellte seinen Reiseführer als Winzer oder Aufseher ein? . . . Und selbst, wenn es schief ging? . . . Pasquali hatte gelernt, daß man an der Seite des Sehers nie ganz verloren war! Hatte er nicht sofort am ersten Morgen ein deutsches Schiff entdeckt, das Ziegel für Nordbrasilien verstaute? Jemand ein Gummikönig da drüben wollte einen Palast, ein richtiges europäisches Heim sich leisten, nicht eine Tropenhütte, die nach jedem Wirbelwind neu aufgebaut werden mußte, Pasquali und der Seher segneten täglich seinen Einfall, denn Ziegel ließen sich nicht mit dem Kran einladen, und bis der ganze Palast schubkarrenweise an Bord geschafft

war, gab es Arbeit für eine Woche. Ein Auge genügte dabei so gut wie acht Finger, welches Glück, daß es närrische Gummikönige gab und gerade, wenn man sie am nötigsten brauchte. . . . Pasquali lernte von seinem Freunde, das Wort Glück auf eine ganz neue Weise verwenden! Betrübte, obdachlos, keinen Soldo in der Tasche und doch vom Glück sich begünstigt fühlen. . . . das war ihm neu, er hätte nie gedacht, daß man tagelang Ziegel schleppen und dankbar ein Liedchen dazu summen könne, als hätte man ohne Mühe am Kartentisch sein Geld verdient.

Eine andere Neuigkeit war weniger nach dem Geschmack Pasqualis: das war die verfluchte Gewohnheit des Sehers, einen Teil des Tagelohns beiseite zu legen. Sparen? . . . Der Leinenweber sah gehässig auf das Büchlein, in das seine Forderung täglich eingetragen wurde und fand es geradezu tyrannisch, daß sein Freund nicht wenigstens am Abend ein halbes Stündchen in der Osteria bewilligte! Es war ja doch nicht daselbe, ob man im Finstern, wenn alles schon schnarchte, hastig einen Zug aus der verborgenen Flasche tat, oder gemächlich im Wirtshaus sitzend sich ein Gläschen gut schmecken ließ. Aber böse konnte man dem Desterreicher nicht sein, er verstand es, selbst das Sparen angenehm zu machen, und als am fünften Tage des Ziegeleinladens ein Paar wundervoll weiche, wollene Socken von Pasqualis eigenen Ersparnissen angeschafft wurden, da lächelte der Leinenweber so dummverlegen, wie vor dem Kunststück eines Jahrmarktzaubers und ging, als hätte er Teppiche unter den Füßen. Es schmeichelte ihm, daß der Seher ihn erst ein wenig herausmachen wollte, ehe er ihn zu seiner Braut brachte. Das Bewußtsein, betreut zu werden, der Stolz eines Menschen zu sein, der sein eigenes Wert in ihm liebte, spornete zu Fleiß und Enthaltensamkeit an. Es war wie eine verspätete Kindheit, die er nie gekannt hatte, an der Seite seiner armen, verwitweten Mutter und in der Lehre, deren Schrecken nach fünfundsiebzig Jahren noch als Alpdruck durch seine Träume geisterien. So fügte er sich immer williger unter die Tyrannie seines Mentors und fühlte sich zugleich als Beschützer des schwächlichen engbrüstigen Sehers. Der ganze Hafen, sogar das Gefindel im Getreideschuppen, hatte Respekt vor ihrem Bündnis.

Am stolzesten fühlte sich Pasquali, wenn sein Freund ihn nach Feierabend auf einen Spaziergang mitnahm und genau wie ein wibbegieriges Kind über alles belehrte, das die dumpfe Einsicht des Analphabeten Jahrzehnte lang erfolglos umtastet hatte. Auf keine Frage war der Seher um Antwort verlegen, mit Geschichten, Gleichnissen, Schilderungen, die

Pasquali mit atemloser Bier in sich aufnahm, verdrängte er die abergläubischen Vorstellungen, die Unwissenheit und das Mißtrauen in das unbebaute Gehirn gefaßt hatten, und war selbst stolz auf die Helle, die allmählich den stumpfen Blick seines Schülers besetzte. . . . Auf der Circonvallazione di Mare saßen sie auf einer Bank, die wie eine Luftschiffgondel zwischen Meer und Himmel hing, sahen den Feuerball hinter das flammende Wasser versinken . . . und die Worte des Sehers führten den staunenden Pasquali auf die andere Seite der Erde, wo dieselbe Sonne auf dem Meer emporstieg, wenn sie hier niedersank, heißer als bei uns, so heiß, daß die Menschen Sommer und Winter nackt im Freien schliefen und alle Nahrung mühelos auf Bäumen und Sträuchern fanden. So herrlich wußte der Seher zu schildern, daß der Leinenweber die Kokospalmen aus dem glühenden Dunst emporragen sah und sich am liebsten gleich eingeschifft hätte nach dem Märchenland. Ueberall, wo sie vorbeikamen, gab es solche Wunder, die immer schon dagewesen waren, aber nun erst ihren Sinn enthüllten, als wäre der Seher mit einem Zauberstab über Pasqualis blinde Augen gefahren.

„Glück!“ dieses eine Wort sagte alle Weisheit des Desterreichers zusammen. Alles, was er erzählte und lehrte, strebte nach dem Ziel: die Liebe zum Glück in Pasqualis Seele zu gießen. Wie bleichsüchtig und kümmerlich kauerten die Räume, wo die Circonvallazione über den Nordabhang lief, und gleich daneben, hinter ihrer Bank spreizten sich prächtig die Palmen, die das Glück nach Süden gestreut hatte. „Glück“ und „Unglück“, nicht „Recht“ und „Unrecht“, wie auch Pasquali mit den anderen allen gedacht hatte! Der liebe Gott streute allen Samen in den Wind, was nach Norden fiel, mußte kriechen und sterben und sich recken und strecken, um einen einzigen Strahl Sonne. Den Schwarzen da hinter dem Meer fiel alles in den Schoß, Pasquali neidete ihnen ihr Glück . . . aber in seinem Rücken, hinter den Bergen, wäre der Mann, der ohne alle Mittel eine dreitägige Fußreise angetreten hätte, elend im Straßengraben errotten, und der Schnee hätte ihn auch gleich begraben bis zum Morgen. Menschen verkümmerten in Nacht und Eis, wie die Bäumchen aus der anderen Seite der Promenade, während Pasquali mitten im Winter auf einer sonnigen Bank sein Abendbrot verzehrte. Auch Unrecht? . . . Alles kam nur darauf an, lehrte der Seher, das Glück zu bemerken! War es nicht Glück, mit verkrüppelter Hand heimzukehren, wenn man an den Nebenmann dachte, den dieselbe Granate mit zertrümmertem Schädel ins Massengrab geschleudert hatte? . . . (Fortsetzung folgt.)

Vor dem Gewerbegericht.

Die Tragödien des Alltags spielen sich auch hier Tag für Tag ab. Der Kampf des Daseins mit all seinen kleinen Nöten tritt einem hier entgegen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen da einander gegenüber, manchmal als Feinde, manchmal in gleichem Maße Opfer der mifflischen wirtschaftlichen Verhältnisse. Nicht immer ist es böser Wille, der verhindert, den vertraglich festgelegten Verpflichtungen nachzukommen, und mitunter ist es schwer zu sagen, wer in höherem Maße der schuldige Teil ist.

Die unredliche Angestellte.

Sie war als Köchin in einem Spielklub engagiert und klagte nun auf 44 Mark Gehalt und Zeugnis. Die Arbeitgeberin verteidigt sich: Die Entlassung sei mit Recht erfolgt, denn die Klägerin habe sich unredlich gezeigt und Lebensmittel mit nach Hause genommen. Diese bestreitet es aufs Entschiedenste. Zeugen treten auf, frühere Mitangehörige der Klägerin. Es kommt zu stürmischen Auseinandersetzungen. Gegenseitige Beschuldigungen werden laut. Der Mann der Klägerin, ein Hühner von Gestalt, mischt sich ein — ein sehr temperamentvoller Herr. Er zeigt die Zeugin der Lüge. Es sieht fast so aus, als wolle er handgreiflich werden, der Richter mahnt zur Ruhe. Der Janak dauert auch fort, als das Gericht sich zur Beratung zurückgezogen hat. Zurückgekehrt, redet der Richter der Klägerin zu, die Klage zurückzunehmen, da sonst nach die Gerichtskosten von ihr zu zahlen sein würden. Vorher Schwanen, dann plötzlich ist ein Ausweg gefunden: Die Besetzungsgeldung soll wegen Reue angezogen werden. So will sich die Klägerin schablos halten!

Der erkrankte Jahntechniker.

Drei Tage hatte der junge Mann für seinen neuen Chef gearbeitet, als er erkrankte. Nun fordert er sein Gehalt. Der Chef verteidigt sich: er könne doch nichts dafür, daß der junge Mann erkrankt sei, ja, wenn er wenigstens längere Zeit hindurch gearbeitet hätte; aber so, kaum angetreten, schon zu erkranken, das war nicht programmäßig. Der Richter redet auch hier gut zu: Es ist eben Arbeitsberuf. Ein Vergleich kommt nicht zustande. Der junge Mann ist mittel- und hilflos. Er will sein Geld haben. Das Urteil bestimmt Ratenzahlung.

Artistenelend.

Das Artistenelend ist größer als je zuvor. Varieté und Theater geben Pleite, die Direktoren können ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, können unter Umständen kaum ihre eigene Familie ernähren. Schauspieler und Artisten hungern. Auch in diesem Falle war es so. In einer Provinzstadt hatte der Schauspieler D. ein Varieté gepachtet und konnte seinen Leuten nicht zahlen. Der Artist warierte geduldig auf Geld und ließ schließlich die Arbeit stehen. Nun klagte er. Der Direktor bezeugt, er wolle ja zahlen, er könne aber nicht; auch augenblicklich mache er schlechte Geschäfte. Für die Lantemen, für verschiedene Auslagen und keine fünfjährige Familie blieben ihm nur 13 Mark übrig. Der Artist verlangt 150 Mark monatlich. Der Richter schlägt 100 Mark, 50 Mark vor, der Direktor bittet um ein Gerichtsurteil, möge der Artist pfländen. Das Gericht spricht dem Kläger die geforderte Summe zu. Ob er je etwas erhalten wird?

Das Erholungsheim.

Ein christliches Erholungsheim in der Nähe von Berlin. Die Klägerin klagt auf Lohn und Zeugnis. Beides wurde ihr verweigert. Die Leiterin des Erholungsheims, eine fromme Schwester, erklärt, die Klägerin habe selbst ihre Papiere zurückgelassen. Sie sei nie pünktlich aufgestanden und auch das Frühstück sei nie zur Zeit fertig gewesen. Die Klägerin bestreitet dies. Zeugen von beiden Seiten treten auf. Wer Recht hat, ist schwer zu sagen.

Goethe als Kronzeuge für die Gastwirte.

Der Provinzialverband Groß-Berlin des Deutschen Gastwirtsverbandes hielt am gestrigen Mittwoch in der „Neuen Welt“ eine Protestversammlung gegen den Schankinteressen-geheimnisgesetz ab. Daß die beiden Referenten, die Gastwirtsinteressen vertretend, sich scharf gegen die Vorlage und das Gemeindefeststellungsrecht wandten, das konnte man erwarten. Weniger aber, daß sie unter Hinweis auf künftige Bohlen den Gastwirten empfahlen, die Kandidatenlisten genau zu prüfen, und zwar solle die Stellung der Kandidaten zu den Fragen des Gastwirtsberufes von Entscheidung sein, ob die Liste dem Gewerbe genehmigt sei oder nicht. Wenn jeder Berufsstand eine eigene Partei in Deutschland aufmache, würde etwas Schönes dabei herauskommen. Interessant war der Hinweis des einen Referenten, daß alle großen deutschen Männer Freunde eines guten Tropfens gewesen seien. „Goethe hätte täglich zwei Flaschen Wein getrunken.“ Wenn das noch nicht ziele, zieht gar nichts mehr. Also werde jeder Deutscher ein Goethe und trinke täglich seine zwei Flaschen Wein — womit die Frage des Gemeindefeststellungsrechtes dann reiflos gelöst erscheint.

Licht und Schatten im Krankenhaus Moabit.

Das Krankenhaus Moabit, das vor einigen Jahren noch einen unehelichen Eindruck machte, hat durch Neubauten begrüßenswerte Erweiterungen und Verbesserungen erfahren. Noch in der Inflationszeit bestand ein großer Teil des Krankenhauses aus Baracken, die nicht nur baufällig, sondern auch sonst keineswegs geeignet waren, Freude bei den Kranken zu erwecken. Nach langen Verhandlungen wurde dann mit dem Bau je eines Pavillons für die Tuberkulose-, chirurgische und Geburtshilfsabteilung begonnen. Sie sind jetzt vollendet worden. Sie wurden nach modernen hygienischen Gesichtspunkten eingerichtet. Im Jahre 1925 wurde der große westliche Pavillon errichtet, ein schönes Gebäude, das einen freundlichen Eindruck macht. Dazu kommt ein Röntgeninstitut, das, wie Verwaltungsdirektor Burghard gestern der Presse, die zur Besichtigung des Krankenhauses geladen war, erklärte, das beste der Welt sei. Der schöne Eindruck, den diese Erweiterungen hinterlassen, wird fast verwischt von den zehn alten Baracken, die noch vorhanden sind und die, gelinde gesagt, keineswegs mehr geeignet sind als Krankenstationen. Die Baracken weisen eine ganz primitive Einrichtung auf; der Reinigungsraum neben dem Klosett und dicht daneben die Küche. Die Wände sind morsch und leucht. Zudem sind die Räumlichkeiten viel zu eng. Daß in einer Baracke wegen Raumangels die Beratungsstelle für Geschlechtskranke und eine Station für Lungkranke zusammen untergebracht werden mußten, ist ein auf die Dauer unerträglicher Zustand. Es sollten umgehend Mittel für den Bau eines stillen medizinischen Pavillons, eines Kurmittelhauses und eines Ambulatoriums bereitgestellt werden. Man kann nur die Erwartung aussprechen, daß der Magistrat in diesem Falle das Notwendige veranlassen wird.

Abgewertet statt aufgewertet.

Mit einer zeitgemäßen Prozeßmaterie beschäftigte sich gestern die große Potsdamer Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig. Durch Urteil des Landwäster Schöffengerichts wurde der 77jährige Landwirt und Gastwirt Wilhelm Brandt aus Weiskendorf wegen schwerer Urkundenfälschung in Lateinheit mit verlustem Betrage zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt. Auf seinem Grundstück waren zwei Vorkriegshypotheken eingetragen, welche 1922 zurückgezahlt wurden. Im vorigen Jahre beantragten die beiden Hypothekengläubiger die Aufwertung. Für die Rückzahlung der Ansprüche kommt bekanntlich die Zeit vom 15. Juni 1923 bis 24. Februar 1924 in Betracht. Unter Vorlegung von Rückzahlungsquittungen beantragte der Angeklagte auf dem Amtsgericht Lütershof den Aufwertungsantrag der Hypothekengläubiger zurückzuweisen, da die Hypotheken bereits von ihm

vor dem Stichtag, den 15. Juni 1922, und zwar am 28. Mai 1922 zurückgezahlt worden seien. Die Gegenpartei bestritt das energisch, vielmehr sei die Rückzahlung am 28. Oktober 1922 erfolgt. Als man sich nun die Quittungen über das zurückgezahlte Hypothekentilgung näher ansah, entdeckte man, daß an der römischen X eine Raatur vorgenommen war. Aus der zehn (Oktober) war eine arabische Ziffer 5 (Mai) gemacht worden. Um sich der Aufwertungsoberpflichtung zu entziehen, hatte der Angeklagte diese Fälschungen vorgenommen. Die Strafkammer kam zur Verurteilung der Berufung. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die Strafe hart sein müsse, damit sie dem Angeklagten, der versucht hat, durch gemeinen Betrug sich seinen Aufwertungsansprüchen zu entziehen, auch hart treffe.

Renovierung des Brandenburger Tors.

In etwa 14 Tagen werden Gerüste das Brandenburger Tor vollkommen verkleiden. Seit langem erscheint eine Renovierung des mehr als 130 Jahre alten Tors als unbedingt notwendig. Die Gerüste werden unter möglicher Rücksichtnahme auf den an dieser Stelle außerordentlich starken und nur schwer abzuleitenden Verkehr angebracht werden. Die Durchfahrten erhalten etwa in einer Höhe von 4½ Metern Schutzdächer, unter denen sich die Ein- und Ausfahrt nach und von den Linden ungehindert vollziehen kann. Sollten die Arbeiten so weit fortgeschritten sein, daß auch die unteren Teile der Durchfahrten renoviert werden müssen, so wäre allerdings mit vorübergehender Sperrung des einen oder anderen Torbogens zu rechnen. Allerdings sollen diese Renoveierungsarbeiten dann möglichst in den verkehrsarmen Morgen- und Abendstunden vorgenommen werden. Der Umfang der Renovierung läßt sich erst im Verlauf der Arbeiten selbst feststellen. Die bisherigen Untersuchungen durch Sachverständige lassen eine Baudauer von rund 6 Monaten erwarten. Man rechnet damit, daß etwa 35 Eisenbahnwaggons mit neuen Sandsteinen notwendig sind, um die verwitterten Teile des Torbogens und der Durchfahrtswände zu ersetzen. Die Verwitterung ist nicht an allen Stellen des Tors gleichmäßig aufgetreten, da man beim Bau Sandsteine aus verschiedenen Brüchen und von ungleicher Qualität verwendet hat. Die Quadriga, deren innere Eisenkonstruktion völlig verrostet ist, da durch die Schußlöcher aus der Revolutionszeit Regenwasser eingedrungen war, wird an Ort und Stelle repariert werden. Selbst bei größter Beschleunigung der Renoveierungsarbeiten ist nicht damit zu rechnen, daß sie noch in diesem Jahre zu Ende geführt werden.



Bachs Todestag erlebte im Rundfunk ein würdiges Gedenken. Bachs Musik, die zu den Grundlagen unserer ganzen deutschen Kultur gehört, wirkt noch immer auf alle Hörer durch die Klarheit ihres Aufbaus wie durch die Tiefe der Empfindung. Mit Recht sagte das Essay-Darsteller Loertes, das als Einleitung des Abends von Hermann Kahl verlesen wurde, daß Bachs Musik Weltanschauung sei. Der musikalische Leipziger Thomas-Kantor, der in einer eng bürgerlichen Welt Werte schuf, die Zeit und Raum vermag, in einer so unerhörten Fülle, wie wir es kaum zu fassen vermögen, ist der Prediger eines positiven, nach Erfüllung strebenden Lebens, in seinen Liedern und Kantaten wie in seinen Instrumentalkompositionen. Die Fuge, das Zusammenströmen der einzelnen Stimmen zum Ganzen, kann bei ihm als Symbol genommen werden. Professor Walter Fischer hat einige Orgelwerke, die sicher auch den Beifall mancher Zuhörer gefunden haben, die den modernen Orgelkompositionen wenig Verständnis entgegenbringen können. Hilde Eißler erwies sich als eine Sängerin, die sich in die Musik Bachs wohl hineinzuversetzen versteht. Das Brandenburgische Konzert Nr. 3 schloß den wohl gelungenen Abend. — „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Tuberkulose“ lautete das Vortragsthema Dr. Franz von Mallathas. Ein übersichtlicher, auf erschreckende Zahlen gestützter Bericht beleuchtete hier wieder einmal die verderbende Furchtbarkeit dieser Volkspeste, deren Bekämpfung zu den vornehmsten Aufgaben jedes Staates zu zählen hat. Gut, nur mit einer überflüssigen pathetischen Einleitung plauderte Professor Dr. Brandt über den Zusammenhang von „Licht und Leben“.

Die ausgereigten Herrschaften in Clafens Weibsbüchchen, der „Deutschen Zeitung“, sind über den Rundfunk aus dem treudeutschen Häuschen geraten. Was ist passiert? Am letzten Montag sprach Maximilian Harden die einleitenden Worte zum Schlußwort. Dies hat die nationalsozialistische Goffentatlerer demassen in Harnisch gebracht, daß sie „entsetzt vom Rundfunkprogramm zurückgeprallt“ (1). Die Leitung der Rundfunkstelle wird einer „Geschmacklosigkeit“ geziehen und gefragt, wie sie es „wagen“ könne, Harden, dem man mit Abscheu belegen, dem Publikum vorzuführen. Uns scheint das entsetzte Zurückprallen der schwarzweißroten Herren für die Rundfunkleitung — intellektuell wie literarisch — ein Kompliment, das sie ermuntern sollte.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 29. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4.30 Uhr nachm.: Georg Bamberg: „Schnurren aus dem Volksleben“ (In Berliner Mundart). 5—6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Pankapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 7 Uhr abends: Hans-Hredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Reg.-Rat a. D. G. Quarg: „Die neueste wirtschaftliche und technische Entwicklung des Omnibusverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse“. 7.25 Uhr abends: Katharina Müller: „Vorbildung und Aussichten der Frau im kaufmännischen Berufe“. 7.55 Uhr abends: Generalmajor Rochus Schmidt: „Eine Afrika-Rundfahrt“. (1. Teil). 8.30 Uhr abends: „Nach Feierabend“. Mitwirkende: Mitglieder der vereinigten Finkensee-Mandolinenchöre „Sempre vivo“, „Symphonie“, „Heimatklänge“, „Santa Lucia“. Leitung: Wilhelm Fink. Angela Sax, Sopran. Am Flügel: Ben Geysul. 1. Kölee-Bäla: Lustspielouvertüre. 2. a) Mascagni: Lied der Lola. „O sado Lillie“, aus der Oper „Cavalleria rusticana“, b) Kiecal: Lied der Blancheclair „Komm mit nach La Reol“, aus der Oper „Der Kubreigen“, c) G. Gounod: Lied der Siebel, aus der Oper „Margaerthe“. 3. a) Kahnt: Romanze F-Dur, b) Siede: Indischer Brautzug. 4. a) Stolz: Nichts als der Duft der Rosen blieb (Kurt Robitschek), b) Felix Holländer: Wenn die Rosen blühen, c) Hans May: Wie lange wirst du mich lieben? (Fritz Rotter), d) H. Nicholls: Es sagen die Rosen (R. Hillo). 5. a) Henze: Am Mahlengrund, b) Vollständ: Lustige Brüder, Walzer. 6. a) Willi Kollo: Wiener Märschen, b) Stolz: Ein Garterl vom blühenden Wein (Kurt Robitschek), c) Padilla: Valencia. 7. a) Blankenburg: Inventa temporis, b) Teike: In Treua fest, Marsch. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitungs- und Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 bis 12 Uhr abends: Tanzmusik. Kapelle Kermbach. (Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 29. Juli.

3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurschrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Ministerialrat Dr. Richter: Die Entwicklung der Jugendbewegung bis zur Gegenwart. 4—4.30 Uhr nachm.: Blindenlehrer Werner Schmidt: Blindenschrift und Blindenliteratur. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5—5.30 Uhr nachm.: Misi Donner: Praktische und schöne Dinge zur Unterstützung der Behaglichkeit. 8.30 Uhr abends: Übertragung aus Berlin.

Die rotgestempelten „Braunen“.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht vor Gericht.

Wegen Beleidigung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hatte sich der Angestellte Preuschkat vor dem Schöffengericht Schöneberg zu verantworten. Nachdem Dr. Schacht im Reichsbankdirektorium die bekannte, durch das Woffische Telegraphenbureau verbreitete Rede gehalten hatte, in der er von der Un Sinnigkeit der Aufwertungsansprüche für die alten Tausendmarktscheine gesprochen und darauf hingewiesen hatte, daß es sich dabei um 128 Milliarden im Nominalwert handele, hatte der Angeklagte, der Leiter einer Reichsstelle der sogenannten Reichsbankgläubiger ist, an Dr. Schacht eine offene Postkarte geschrieben. Darin hieß es: „Im großen und ganzen soll Dr. Schacht als Reichsbankpräsident nicht übergenommen werden, daß er den Standpunkt der ihm anvertrauten Reichsbank vertritt, wenn es sein muß, mit erdreißelten Lügen.“

Es war darauf Strafantrag gestellt worden, und die Staatsanwaltschaft hatte öffentliche Beleidigungsklage erhoben. Der Angeklagte erbot sich in der gestrigen Verhandlung durch R.-A. Dr. Herold, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß Dr. Schacht falsche Zahlen angegeben und die öffentliche Meinung irreführt habe, um die Gläubiger von der Erhebung ihrer Ansprüche abzuschrecken. Vom Gericht war als einziger Zeuge Reichsbankpräsident Dr. Schacht geladen worden. Dieser machte zum ersten Male vor der Öffentlichkeit nähere Angaben, welche Bewandnis es mit den noch im Umlauf befindlichen alten Tausendmarktscheinen habe. Es haben davon vier Emissionen stattgefunden, die erste belief sich auf 520 Millionen Mark und ist bis auf 149 000 Mark in die Kasse der Reichsbank zurückgewandert. Die beiden nächsten Emissionen beliefen sich auf 937 Millionen und 500 Millionen Mark; sie sind restlos eingezogen und vernichtet worden. Die vierte und letzte Emission hatte die Höhe von 136 Milliarden Mark, und die Ausgabe dieser Scheine erfolgte bis in die schwerste Inflationszeit. Der Druck erfolgte auf den alten Platten, und sämtliche Scheine aus dieser Zeit tragen ebenfalls das Datum vom Dezember 1910. In welchem Umfange dabei rot und grün gestempelte Noten gedruckt wurden, läßt sich nicht mehr feststellen. Von der letzten Serie sind 128 Milliarden im Nominalwert bisher nicht zur Reichsbank zurückgeführt. Auf Antrag der Verteidigung wurde dann der Redakteur Hans Baer von der Zeitschrift „Deutsche Wirtschaft“ als Zeuge vernommen, der behauptete, daß die vom Reichsbankpräsidenten angegebenen Zahlen nicht stimmen könnten. Als Provinziallandtagsabgeordneter habe er die Erfahrung gemacht, daß weitaus die Hälfte aus der Rede des Reichsbankpräsidenten die Auffassung gewonnen hätten, daß es sich um die Aufwertung der Ansprüche in Höhe von 128 Goldmilliarden handele. R.-A. Dr. Herold verlangte weitere Beweiserhebungen nach dieser Richtung hin und wollte durch Ladung des Generaldirektors Hoehne als sachverständigen Zeugen den Beweis führen, daß die Zahlen des Reichsbankpräsidenten falsch seien. Staatsanwaltschaftsleiter Buertke verlangte die Ablehnung dieser Anträge. Er hielt den Wahrheitsbeweis für vollkommen mifflungen. Der Angeklagte habe sich nicht nur der formalen Beleidigung, sondern auch der verleumderischen Beleidigung schuldig gemacht. Wenn er auch selbst Besitzer einiger Tausendmarktscheine sein möge, so sei er in der Wahrnehmung seiner Interessen weit über das zulässige Maß hinausgegangen. Nur weil der Angeklagte eine unbedeutende Persönlichkeit sei, wolle er ihn der Milde des Gerichts empfehlen und von einer Gefängnisstrafe absehen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung aus §§ 185 und 186 zu 500 Mark Geldstrafe oder für je 10 Mark einen Tag Gefängnis. Bei der Urteilserkundigung wurde der Vorsitzende, als er anerkennende Worte über den Reichsbankpräsidenten sprach, durch Murren im Zuhörerraum unterbrochen. Landgerichtsdirektor Bengler drohte bei einer Wiederholung mit Räumung des Saales. Schon zu Beginn der Sitzung war eine größere Zahl von Schupbeamteten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit vom Gericht aufgeboten worden.

Die Briefe brachten es an den Tag.

Auf nicht alltägliche Weise wurde ein Einbruch aufgeklärt, der Ende Oktober 1919 in Lichtenberg verübt wurde. Damals überraschte ein Bezirksvorsteher bei der Heimkehr in seiner Wohnung in der Vorhogener Straße zwei Einbrecher, die damit beschäftigt waren, Silberzeug und Wäsche zusammenzupacken. Er ergriff kurz entschlossen seinen Regenschirm, und die Verbrecher ergriffen schleunigt die Flucht, weil sie den Schirm für ein angelegtes Gewehr hielten. Beide entliefen demals unertannt. Später mußten die beiden aber ihren Irrtum eingestehen haben und die frühere Freundschaft veränderte sich in Feindschaft, die auch auf die beiden Frauen übergriff. Sie beschimpften sich gegenseitig in Briefen und jede warf der anderen vor, daß nur durch die Feindschaft ihres Mannes der Beutegut mifflückt sei. Kürzlich fanden nun bei der Durchsuchung eines Hebrerhauses die Beamten der Dienststelle B. 8 die beiden „liebervollen“ Briefwechsel und erfuhren aus den Unterschriften die Namen der beiden Einbrecher. Es sind ein Reinhold Boese und ein Karl Schale, die inzwischen aus ihren früheren Wohnungen verjogen waren und sich in der Weddinggegend niedergelassen hatten. Hier wurden sie bald ermittelt und festgenommen. Als man ihnen die Briefe ihrer Frauen vorles, gestanden sie den Einbruch ein. In Anbetracht des gemeinsamen Bechs begruben sie das Kriegsbeil.

Freibadgerüchte und Polizei.

Zu unseren Mitteilungen über die Wannseeabwässer gibt das Polizeipräsidium bekannt, daß der Polizeipräsident sogleich nach Erscheinen des Artikels über angebliche Verunreinigung des Wannesees eine Untersuchung eingeleitet hat. Die Untersuchung ist Sache der Abteilung I (Gesundheitspolizei). Von der Abteilung I, Schöneberg, der der in Betracht kommende Bezirk untersteht, ist Bericht angefordert worden. Die Untersuchung ist zurzeit noch nicht beendet.

Doppelselbstmord und Selbstmordversuch.

In einer Wohnung des Hauses Seelstraße 61 ereignete sich kürzlich ein schmerzliches Familiendrama. Die 42jährige Frau und die 13jährige Tochter des Schachtmeyers Kühl vergifteten sich mit Gas. Angeblich weil der Stiefvater sich an seiner Tochter vergangen hatte. Dem Selbstmord der beiden sollen heftige Familienaufläufe vorangegangen sein. Sonntag früh wurde die Wohnung gewaltsam geöffnet und Polizei und Ärzte benachrichtigt, die jedoch nur den Tod feststellen konnten. Am Dienstag ging die Mutter der Frau Kühl in die Räume der Wohnung, angeblich um die Blumen zu begießen. Sie unternahm ebenfalls einen Selbstmordversuch mit Gas, konnte jedoch gerettet werden. Die Polizei hat die beiden Leichen beschlagnahmt.

Sonntags-Sonderzug an die Ostsee. Am Sonntag, den 1. August, wird bei ausreichender Beteiligung außer dem Sonderzug nach Warnemünde ein weiterer Sonntags-Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen nach den Ostseebädern Swinemünde, Ahlbeck und Heringsdorf verkehren. Der Zug fährt von Berlin, Stettiner Bahnhof um 6.30 vorm. ab und trifft in Swinemünde um 10.05, in Ahlbeck um 10.24, in Heringsdorf um 10.30 ein. Die Rückfahrt erfolgt von Heringsdorf um 7.50 nachm., von Ahlbeck um 7.57, von Swinemünde um 8.08; Ankunft in Berlin, Stettiner Bahnhof 12.00 nachts. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt nach Swinemünde 9 M., nach Ahlbeck und Heringsdorf 9.20 M. Der Fahrkartensverkauf beginnt am Mittwoch, den 28. Juli, bei der Fahrkartenausgabe Stettiner Bahnhof, sowie bei den vier Ausgabestellen des R.P.R.-Bureaus: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens, Reisebureau Unter den Linden 57/58.

Der Kampf um Frankreichs Währung.

Drei Regierungen in einem Monat. — Die Aussichten Poincarés.

Ueber die Finanzlage Frankreichs hat der Monat Juli der freiwilligen Deffentlichkeit zwar die Augen geoffnet; aber am Ende eines von dramatischen politischen Ereignissen angefullten Monats sind die Aussichten für die Stabilisierung des Franken nicht geoffert. Am 4. Juli wurde das Sachverstandigenurteil veroffentlicht; der Staat sollte durch Anleihschulden und durch Erhöhung der Steuern von der Inanspruchnahme der Bank von Frankreich unabhängig gemacht werden, das Kapital an der Flucht in Sachwerte und Devisen gehindert, der Franken unter Einsetzung aller Reserven vorläufig stabilisiert werden. Der Vorschlag ging aufs Ganze. Am 7. Juli hielt Caillaux seine große Rede in der französischen Kammer: 134 Milliarden Anleihschulden, 40 Milliarden kurzfristige, 92 Milliarden schwebende Schulden, dazu 18 1/2 Milliarden Goldfranken Auslandsschulden, Ende Juli 3 Milliarden Franken fällige Zahlungen, aber nur mehr eine halbe Milliarde Franken in der Staatskasse, keine Hoffnung für die Wiederanwertung des Franken! Caillaux billigte und übernahm den Sachverstandigenplan. Am 17. Juli wurde Caillaux gestürzt. Er hatte Parteigruppen der verschiedensten Richtungen gegen sich aufgebracht. Sein Verhalten in der Frage der Umsatzsteuer für die Genossenschaften, seine Forderung von 2,5 Milliarden neuen indirekten Steuern für 1926, von 4 Milliarden Franken für 1927, die Ablehnung der Kapitalabgabe rief die Opposition der Sozialisten, die Ausschaltung des Parlaments durch das Ermachtigungsrecht die Opposition Herriots, die „Verklawung Frankreichs an das ausländische Finanzkapital“ durch die Stabilisierungsanleihe die Opposition des nationalen Blocks hervor. Am 19. Juli folgte das Ministerium Herriot. Am 26. Juli kam die Regierung Poincaré-Briand-Herriot. Für den Franken war die Woche vom 19. Juli bis 26. Juli die Zeit der schwersten Erschütterungen.

Die Bilanz des Franken.

Die Entwicklung des Frankenstandes im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen zeigt folgende Tabelle:

	1 Pfd. Sterl.	100 Franken gleich
Stand am 1. Juli	179 Franken	11,47 Mark
4. Juli (Sachverstandigenurteil)	180	11,48
7. Juli (Rede Caillaux)	181	11,28
10. Juli (Vertrauensvotum f. Caillaux)	188	10,84
17. Juli (Caillaux' Sturm)	199	10,34
19. Juli (Herriot-Kabinett — Sturm auf die Banken)	239	8,58
21. Juli (Herriots Sturm)	224	8,98
26. Juli (Kabinett Poincaré-Briand-Herriot)	192	10,77
28. Juli (Vertrauensvot. u. Programm)	202	10,80

Man sieht, der politische Kampf hat dem Franken nicht genügt. Die Wahrungsbilanz ist verschlechtert. Das einzige Attribut des Monats aber, die Wahrungsbilanz Frankreichs, ist durch die Politik des neuen Kabinetts in Gefahr, wieder verloren zu gehen.

Was wollte Caillaux?

Vor allem und um jeden Preis die Stabilisierung. Das Kernstück seiner Reform war Konsolidierung der schwebenden Schuld, die Schaffung einer Tilgungskasse für die nationalen Verteidigungsbonds, die Regelung der englischen und amerikanischen Schulden, dadurch die Eröffnung großer ausländischer Kredite. Daneben das dauernde Gleichgewicht des Staatshaushalts: Anpassung der Steuerlage an die Frankenentwertung, Erhöhung der Umsatzsteuer im Inland von 1,2 auf 2 Proz., für die Ausfuhr auf 1,3 Proz., Erhöhung der indirekten Steuern, Erhöhung der Post-, Telephon-, Telegraphen- und Eisenbahntarife, automatische Angleichung der Zölle an den Grohandelsindex, eventuell Goldzolle. Caillaux' Programm war unsozial. Caillaux fürchtete, mit Besitzsteuern die Sachwerte und Devisenflucht nicht hemmen zu können; die Kapitalsteuer lehnte er grundsätzlich ab. Aber da sein Hauptziel die Stabilisierung war, hätte er die Unsozialitat und ungeradeste aller Steuern, die Geldentwertung, wahrscheinlich unmöglich gemacht. Caillaux' Methode war diktatorisch. Er fürchtete das Spiel der Interessen im Parlament, die Furcht der Abgeordneten vor den Wählern. Aber es wäre wahrscheinlich gewesen, daß den französischen Rentnern ihr Vermögen zu einem höheren Kurse erhalten geblieben wäre, als es jetzt möglich sein wird.

Was tut Poincaré?

Dem Stabilisierungsproblem geht das Kabinett Poincaré aus dem Wege. Die Anerkennung der mit England und Amerika vorbereiteten Schuldentilgungsvertrage lehnt es ab. Damit verschließt es sich den Weg zu ausländischer Hilfe, der Staat bleibt auf die Bank von Frankreich angewiesen. Lösung der Krise von innen heraus, aus den eigenen Kräften Frankreichs, ist die Parole. Sparsamkeit und Disziplin, ohne Anleihschulden, kluge Steuerpolitik, keine Inflation, keine Kapitalabgabe, das sind die Schlagworte. Wie die Stabilisierung des Franken auf die lange Bank geschoben wird, so wird das Steuerprogramm Caillaux übernommen, sein unsozialer Charakter aber verschärft. Zu den Tarif-, Steuer- und Zollerhöhungen Caillaux' tritt das Programm des Beamtenabbaus, einer zwofsigprozentigen Umsatzsteuer für exportierte Luxuswaren, die Erhöhung der Lohn- und Gehaltssteuer sowie der Steuer auf Pensionen, Renten und landwirtschaftliche Erträge auf 12 Proz. Die allgemeine Einkommensteuer wird auf 30 Proz. ihres bisherigen Satzes ermagigt, die Gewinnbesteuerung aus industriellen und kaufmännischen Unternehmungen wird um die Hälfte erhöhet. Der Tilgung der nationalen Verteidigungsbonds dient eine Sondersteuer von 7 Proz. auf jeden Besitzübergang. Gegen die Flucht in ausländische Effekten soll die Erhöhung der Einkommenbesteuerung aus solchen Werten von 18 auf 25 Proz. helfen. Weiter werden Kredite von 668 Millionen und von 1351 Millionen Franken verlangt, um Behälter zu erhöhen und Fälligkeiten der Staatskasse zu begleichen, für die die Einnahmen fehlen. Im übrigen werden die Sparer mit der Versicherung beruhigt, daß der Staat die von ihm übernommenen Verpflichtungen halten werde.

Was wird aus dem Franken?

Soweit das Programm. Sein erster Akt sind Kredite von zwei Milliarden Franken; sie können nur bei der Bank von Frankreich genommen werden. Das aber ist zunächst genau dieselbe „Inflation“, zu deren Verhinderung sich Poincaré stark gemacht hat. Im übrigen ist das ganze Programm davon abhängig, daß der Franken nicht weiter sinkt. Dagegen aber sind nur Luftmanahmen getroffen, wie wir ahle aus der deutschen Erfahrung kennen, die Zinswechselabgabe und die Besteuerung von Kapitalfluchtgewinnen; endlich sollen die nationalen Verteidigungsbonds in Zahlung genommen werden. Das Programm ist noch unsozialer als das von Caillaux. Aber auch die Methode ist nicht weniger diktatorisch, nur etwas geschickter. Das Parlament hat zwar formell alles zu genehmigen. Das Kabinett arbeitet ohne Ermachtigungsrecht. Aber die Rechte des Parlaments sind, wie im Reiche, eine leere Formalität. Durch die Beschränkung der Zahl

der Redner, die Herabsetzung der Redezeit auf 15 Minuten, ist die öffentliche Kritik ausgeschaltet.

So sind die Hoffnungen auf eine baldige Stabilisierung des Franken gering. Poincaré will die Zeit für die Währung wirken lassen. Aber er vergißt, daß die Zeit der schlechtesten Verbündete der Währung ist, wenn das Kapital aus der Währung flieht und das Vertrauen in die Währung sinkt. Poincaré sucht das Vertrauen der Kapitalisten durch ihre Schonung zu ermitteln; aber er vergißt, daß Kapitalisten solche Schonung durch den Staat nur gegen den Staat ausmunzen. Schon hat der Staat den französischen Lokomotivfabriken Lieferungsverträge mit einer Indexklausel zubilligen müssen, die die Preise nach dem Stand der Geldentwertung erhöhet. Aber auch das Vertrauen des Auslandes schwindet noch mehr als bisher. Kaum daß die neue Regierung deutlich werden ließ, daß sie das Ziel der Stabilisierung vernachlässigt und die Regulierung der Auslandsschulden hinauschiebt, ist auf den Auslandsborsen eine neue Entwertung des Franken gefolgt. Vom 26. bis zum 28. Juli stieg das Pfund Sterling von 192 auf 202 Franken. So ist zu fürchten, daß auch die breite politische Basis, die Poincaré seiner Regierung zu geben verstand, für die Stabilisierung des Franken vorläufig ohne Nutzen bleiben wird.

Die internationale Kupferkartellierung.

Ausnahmestellung Amerikas.

In New York ist ein Kupferhandelskartell gegründet worden, die Copper Export Trading Company, die die Hauptkupferinteressen Amerikas und Europas umfaßt. An dieser Gesellschaft sollen 90 Proz. der Kupferproduzenten der Welt beteiligt sein, eine Zahl, die in Fachkreisen als zu hoch angezweifelt wird. In jedem Fall verkorperst die Gesellschaft eine gewaltige Macht. Es gehören zu ihr neben der Rio Tinto und der Miami Copper Company, den größten Kupferproduzenten der Welt, auch die Union Minière du Haut Katanga, die belgische Gesellschaft, die die Kupferminen des Kongogebietes ausbeutet. Von deutschen Interessenten sind beteiligt unter anderem die Firma Aron Hirsch u. Sohn und Mansfeld Kupferbergbau. Der Zweck des Kartells ist natürlich die Hebung der Preise.

Da nach dem Antitrustgesetz Preisvereinbarungen in den Vereinigten Staaten gesetzlich unzulässig sind, gilt diese Preisvereinbarung nur für dasjenige Kupfer, das an die aueramerikanischen Staaten geliefert wird. Aber Wahrscheinlichkeit noch werden die Kupferverarbeiter Amerikas bei dieser Sachlage ihre Materialien billiger erhalten als die Verarbeitungsindustrien anderer Länder. Damit wird den Amerikanern eine Vorzugstellung eingeräumt, die bei der aus anderen Gründen schon vorhandenen Ueberlegenheit der amerikanischen Wirtschaft über die aueramerikanische Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit Amerikas noch weiter steigert. Von deutschen Verarbeitern wird dieser Umstand als besonders verhängnisvoll und als besonders wichtig hervorgehoben, während ihn die an dem Kartell beteiligten deutschen Firmen zwar nicht befreiten, aber nicht so schwer einschafen. Diese erklären zu ihrer Haltung, daß Kupfer neben Zinn das einzige Metall ist, dessen Preis unter Vorkriegsniveau liegt. Sie begründen das mit Schleuderverkaufen von Handlerrfirmen, die geringe Mengen Kupfer eingekauft haben, und sie dann, bei Abgleichsmerkmale um jeden Preis auf den Markt werfen. Diese kleinen Quantitäten genügen nach Ansicht der am Trust beteiligten deutschen Firmen völlig, um den Markt zu unruhigen. Daß der Kupferpreis unter dem Vorkriegsniveau liegt, erklärt sich jedoch aus dem verringerten Konsum und aus der verstärkten Ausbeute an Kupfer aus den Kupfererzen. Die verbesserten technischen Verfahren haben es ermöglicht, daß heute aus der gleichen Menge von Kupfererzen wesentlich mehr Reinkupfer herausgeholt wird wie vor dem Kriege. Eine Stabilisierung auf der Basis von 15 Cents (500 Gramm), wie sie von dem Kartell beabsichtigt ist (14,40 ist der augenblichliche Preis) würde bedeuten, daß die Verbesserungen der Technik einzig und allein dem Produzenten zugute kommen, nicht aber der Gesamtwirtschaft. Das Kartell läßt sich übersieht auch von der Wahrsicht leiten, den Handel weitgehend auszuschalten und so die bisherigen Handelsgewinne an sich zu ziehen.

Deutschland ist an dieser ganzen Frage besonders interessiert. Es hatte vor dem Kriege einen Kupferverbrauch von 201 100 Tannern im Jahre (nach Abzug der Ausfuhr). Dieser Verbrauch wurde Anfang 1925 wieder erreicht, ist jetzt allerdings ganz erheblich zurückgegangen. Heute beträgt er 60 bis 70 Proz. der Vorkriegsmenge. Der Hauptabnehmer des Kupfers ist die Elektrizitätsindustrie, die vollkommen auf den Import angewiesen ist, da Kupfer in Deutschland nur an einer einzigen Stelle gewonnen wird, nämlich im Mansfeldischen Revier und auch hier nur in Qualitäten, die für die Elektrizitätsindustrie weniger in Betracht kommt.

Daneben werden noch in Deutschland Auslandserze teils verhaltlich, teils zu Drahtbarren verarbeitet.

In den Kreisen der deutschen Kupferverarbeiter glaubt man nicht, daß das Kupferkartell praktische Bedeutung erlangen wird. Zunächst ist das Weltkartell kein Produktionskartell, sondern nur ein Preiskartell. Nun schwanken die Kosten der Kupferproduktion für die einzelnen Erzeuger ganz erheblich. So ist der amerikanische Guggenheim-Konzern, einer der größten Kupferproduzenten der Welt, in der Lage, für 7 Cents Kupfer herzustellen, während andere Produzenten bis 14 Cents aufwenden müssen. Der Guggenheim-Konzern kann also mit erheblichem Verdienst weit unter den Kosten der am teuersten arbeitenden Minen Kupfer verkaufen. Tritt nun Ueberproduktion ein, so ist trotz des Kartells ein scharfer Konkurrenzkampf zu erwarten. Wenn also mit der Preisregulierung nicht zugleich eine Kontingentierung der Kupferproduktion Hand in Hand geht, so wird die kartellartige Preisvereinbarung ohne Wirkung bleiben. Sollte allerdings diese Hoffnung sich nicht erfüllen und die Stabilisierung des Preises, d. h. die Kupferpreiserhohung Wirklichkeit werden, dann wäre dies deswegen schon für die deutsche Industrie besonders verhängnisvoll, weil der amerikanischen Industrie wegen der erwhantenen Ausnahmestellung eine Ueberlegenheit über die Industrien anderer Länder gewährleistet ist. Außerdem spielen die Kupferpreise heute mehr denn je eine Rolle im deutschen Wirtschaftsleben, weil sie von entscheidender Bedeutung für die Preise in der Elektroindustrie sind. Deutschlands Wirtschafliche Nationalisierung schafft der Elektrizität als Betriebskraft ein größeres Wirkungsfeld. Die Kosten der Umstellung auf die Elektrizität aber verteuern sich jedoch mit der Erhöhung des Kupferpreises.

Aus diesen Gründen kann die Arbeiterchaft an der Tätigkeit des neuen Kartells nicht achtlos vorübergehen.

Zur Ablösung der Gemeindeanleihen.

Mit der Vierten Verordnung zur Durchführung der Ablösung der Markanleihen der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen rechtlichen öffentlichen Körperschaften vom 10. Juli d. J. treten an die Gemeinden und an die beteiligten Aufsichtsbehörden wichtige Aufgaben heran, deren sachgemäße und beschleunigte Erledigung von besonderer Bedeutung für die Gläubiger der Gemeindeanleihen ist. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern zur Ausführung der Verordnung einen Rundbrief an die Ober- und Regierungspräsidenten, die Landräte, die Gemeinden und Gemeindeverbände herausgegeben, in dem es wörtlich heißt:

„Die seit dem Erlaß der Aufwertungsgefe weiterhin eingetretene Verschärfung der finanziellen Lage der Gemeinden, insbesondere das unerwartet starke Anwachsen der Erwerbslosigkeit und die über Erwarthen hohe Aufwertungslast der Gemeinden als der Gewahrsverbande ihrer Sparkassen hat es in vielen Fällen nicht ermöglichen lassen, den Ablosungslag der Gemeindeanleihen in dem im § 43 des Anleiheablosungsgesetzes geordneten Verfahren zu erhöhen. Gleichwohl darf ich der Erwarthen Ausdruck geben, daß die Gemeinden im Rahmen des ihnen Möglichen über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus ihren Gläubigern in folgenden Punkten entgegenkommen zu mogeln: a) durch bevorzugte Behandlung der kleinen Gläubiger, b) durch bevorzugte Behandlung der Inflationsanleihen, c) durch Beteiligung an der Sammelanleihe.“

Die Kalipreiserhohung vertagt!

Der Reichskalifat hielt gestern unter dem Vorsitz des Geheimen Justizrats Dr. Kempner eine Sitzung ab.

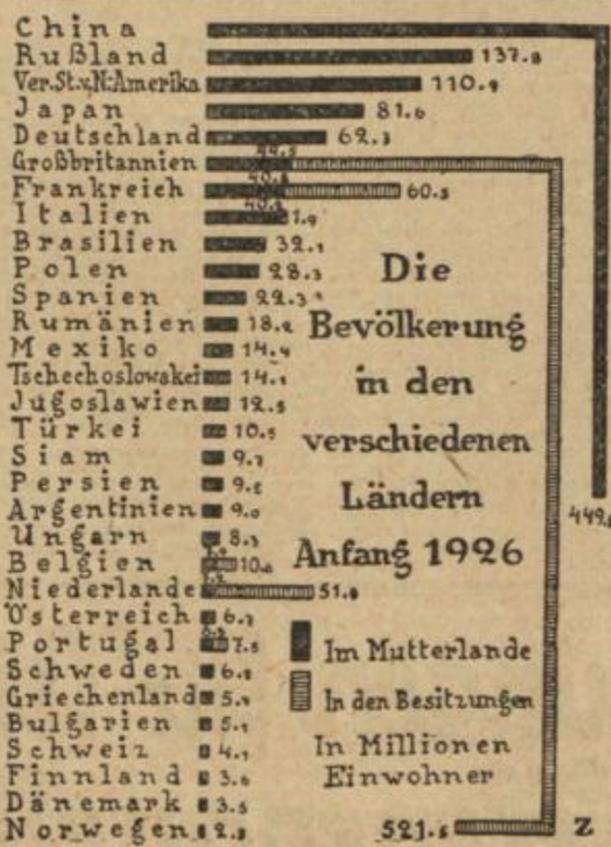
Das Deutsche Kalifendikat hat bekanntlich die Erhöhung der Kalipreise für das Inland um durchschnittlich 18 Proz. beantragt. In einer Ausschussung vom 27. Juli war zwecks weiterer Vorprüfung der umfangreichen Unterlagen sowie Verhandlung mit den Verbrauchern beschloen, die Vertagung und die Einlegung einer besonderen Kommission dem Reichskalifat zu empfehlen. Der Reichskalifat beschloß einstimmig dementsprechend mit der Ermächtigung, nach Beendigung der Arbeiten der Kommission den Reichskalifat telegraphisch mit dreitägiger Frist wieder einzuberufen. Ebenso wurden die weiteren Punkte der Tagesordnung, welche Stilllegungsfragen betrafen, vertagt.

Die Reichsbank in der dritten Juliwoche. Der Wochenanweis der Reichsbank zeigt, daß der Rekord ihrer Nichtbeanspruchung durch Banken und Wirtschaft, den wir für die Vorwoche feststellten, in der Zeit vom 16. bis 23. Juli noch übertroffen worden ist. Die gesamte Kapitalanlage ist neuerdings um 66,6 auf 1228,3 Millionen zurückgegangen. Von diesem Rückgang entfallen auf Wechsel und Schecks 62,0 Millionen (Bestand 1130,5 Millionen), auf Lombarddarlehen 4,6 Millionen (Bestand 8,3 Millionen), Reichsgeldwechsel und Darlehen auf solche erscheinen auch in diesem Ausweis noch nicht. Die Kundengelder auf Girokonto sind um 43,1 auf 748,7 Millionen erhöhet. Der Bestand an bedeckungsfahigen Devisen ist um 27,0 auf 308,4 Millionen verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbanknoten ist insgesamt um 128,2 auf 3892,0 gesunken (Noten 2644,9 Millionen, Rentenbanknoten 1247,1 Millionen). Die Goldbestände sind mit 1492,5 Millionen wiederum fast unverändert. Der Rotenlauf ist mit 65,1 gegen 66,8 durch Gold und Devisen gedeckt.

Englische Interessenten über den deutschen Chemiekra. Auf der Jahresagung der Vereinigung der Farbstoffverarbeiter sagte der Vorsitzende, das vergangene Jahr sei epochenmachend in der Geschichte der Farbstoffindustrie der Welt gewesen. Es habe noch niemals in der Geschichte der Farbstoffindustrie solche Konzentration und Expansion gegeben, wie in der deutschen Farbstoffindustrie. Deutschland sei dadurch unabhängig von fremden Rohstoffen geworden, was auf das ganze deutsche industrielle und soziale Leben zurückwirken müsse. Demgegenüber müsse die Farbstoffindustrie Großbritanniens danach trachten, ihre Warzte beträchtlich zu vermehren. Die Deutschen hätten in letzter Zeit ihre Verkaufsorganisationen im Auslande sehr verstärkt, so daß der Kampf um den Auslandshandel scharf sein werde.

Ford in Deutschland. Der Ausbau der Ford'schen Werkstätten am Berliner Westhofen macht, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ zuverlässig hört, Fortschritte, so daß jetzt täglich 18 Autos aufmontiert werden. Sobald die Belaghaft eingearbeitet sein wird, wird die Produktion ohne Schwierigkeiten auf 100 Wagen täglich erhöhet werden. Die Berliner Werkstätten versorgen lediglich das deutsche Reichsgebiet. Auch die in Deutschland beabsichtigte Errichtung ausgedehnter Fabrikanlagen und deren Produktion wird lediglich für den deutschen Absatz bestimmt sein. Es ist noch nicht endgültig beschloen, ob die Ford'sche Fabrik in Berlin, Hamburg oder im Rheinland erklet werden wird.

Aus der Metallwarenindustrie. Die R. Frister A.-G. und die mit ihr in geschäftlichen Beziehungen stehende Firma Gebrüder Israel, die Beleuchtungsartikel aus Metall (Lampen, Kronen usw.) herstellen, haben, dem Auge der Zeit Rechnung tragend, eine Nationalisierung ihrer Betriebe vorgenommen. Sie haben die Fabrikanstalten von Gebrüder Israel stillgelegt und die 500 Mann, die dort beschäftigt waren, entlassen. Der Betrieb ist jetzt in Oberschlesien bei R. Frister konzentriert. Auch dort ist die Belegschaft, die Anfang vorigen Jahres 650 Mann betrug, durch Entlassungen auf circa 300 Mann herabgedrückt worden. Nach Mitteilung der Verwaltung in der Generalversammlung wird das Exportgeschäft durch die Konkurrenz der Länder mit unterwertiger Kalita erschwert. Neuerdings ist der Auftragsbestand künftiger. Die Gesellschaft erzielt aus einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark einen Reingewinn von 12 733, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Nach der Bilanz hat das Unternehmen etwa 3 Millionen Schulden; dem stehen auf der Aktivseite circa 2 Millionen Aufwand und 1,6 Millionen Warenbestände gegenüber. Die Truglichkeit der Bilanz läßt also zu wünschen übrig.



Die Bevölkerung in den verschiedenen Ländern Anfang 1926 in Millionen Einwohner

Ein Dieb.

Von Peter Hamecher.

Wißt ihr, was eine Kirmees ist? Ich meine nicht für die Großen, für die die drei Tage mit Essen, Saufen und Tanz ausgefüllt sind. Gegen den Herbst beginnen diese Festlichkeiten, Abschluß des Sommers und der Sommerarbeit, Feier der eingebrachten Ernte. Sie wandern von Ort zu Ort, und von Rah und Fern kommen die Verwandten, um mitzufeiern. In Chaisen kommen sie, auf geschmückten Leiterwagen, und während dreier Tage nimmt das Bewirten und Festhalten kein Ende.

Für die Kinder aber, die ja auf dem Lande nicht zuviel von Fest und Vergnügen zu sehen bekommen, hat die Kirmees ihren besonderen Reiz. Schon in der Mitte der Woche ziehen die Budenbesitzer an mit ihren Wagen, und die Jugend ist in der Schule kaum stillzuhalten. Sie müssen dabei sein, wenn die Buden aufgeschlagen werden. Und Sonntags können sie es nicht erwarten, bis das Hochamt, das an solchen Tagen sehr feierlich ist und recht lange dauert, zu Ende ist und sie sich über die Karussells, über die Schaustände mit ihren tausend Herrlichkeiten, in die Schaubuden frügen können. Sie haben schon lange die Pienlige, die sie gelegentlich geschenkt bekommen, geparkt, und nun verschwenden sie mit vollen Händen, bis nichts mehr da ist, und bis sie heimlaufen müssen, um den Eltern und den Verwandten noch einige Groschen abzubetteln. Wenn aber der Dienstag sich zum Ende neigt und mit ihm das Fest, sind sie traurig, und sie trösten sich nur mit dem Gedanken, daß auch die Nachbarorte, so weit sie ihnen erreichbar sind, bald ihre Kirmees haben werden, und daß man vielleicht mit den Eltern oder auch allein auf ein paar Stunden dorthin gehen kann.

So hatte sich auch der kleine Fritz getrübt, als die Kirmees im eigenen Orte vorbei war, und als nach ein paar Wochen irgendwo in der Nähe das Erntefest angefangen war, bat er den Vater um die Erlaubnis, hingehen zu dürfen. Fröhlich war ein artiger Junge, eher schüchtern als dreist. In der Schule zählte er zu den Fleißigsten, und seiner hatte je eine Spur einer bösen Reigung an ihm bemerkt. Der Vater war ein kleiner Beamter, der sich schlecht und recht durchsetzen mußte, aber seine Armut mit dem Stolz seiner Ehrlichkeit und mit dem Bewußtsein seiner Beamtenstellung trug. In seinem Jungen hatte er bisher nur Freude erlebt, und er träumte dem Eifjährigen eine bessere Existenz, als er sich selber zu bauen vermocht. Ein Grund, dem Buben seinen Wunsch abzuschlagen, lag nicht vor. So gab er Fritz die erbetene Erlaubnis. Schenkte ihm noch ein Fünfgiggenstück, ein Vermögen für solch einen kleinen Landbuben, und die Mutter steckte ihm ein paar Butterbrote in die Tasche, damit er nicht verhungere. So zog Fritz davon. Die Herbstsonne stand schon im fatten Blau der Luft, und in Fröhens Seele war Fröhlichkeit.

Weniger fröhlich aber war Fritz, als er am Abend zurückkam. Er war blaß und sichtlich erregt. Der Vater war nicht zu Hause. Die Mutter bemerkte das fremde Wesen ihres Kindes und drang in ihn, um den Grund solcher Veränderung zu erfahren. Fritz aber wich ihr aus und schützte Kopfweh vor. In der Tat war die Stirn des Knaben ganz heiß, und die Mutter, den Ausbruch einer Krankheit fürchtend, schickte ihn zu Bett.

Am anderen Morgen drückte Fritz sich länger als sonst im Zimmer umher, bevor er zur Schule ging, und den Weg über zögerte er ganz gegen seine Gewohnheit. Als er in die Nähe des Schulgebäudes kam, stand ein Rudel Burschen wispernd zusammen. Man sah die direkt die Neugier und Spannung, die über der Gruppe lag. Als sie Fröhens ansichtig wurden, wandten sich alle Blicke zu ihm, und Zeigefinger erhoben sich und wiesen auf ihn. Fritz sah Gesichter, die von Schadenfreude und Bosheit verzerrt waren. Er hätte kehrtmachen und davonlaufen mögen. Er war jedoch von den Blicken wie gefesselt und gebunden und ging gebannt auf die Gruppe zu. Wäglisch rief einer: „Da kommt der Dieb.“ Dies war wie ein Signal. Die Gruppe tat sich auf und nahm Fritz, dem das Herz vor Angst bis zum Halse schlug, in sich auf. „Du hast ja was Schönes angerichtet“, begann einer. Ein anderer feigte: „Der Lehrer weiß schon alles.“ Der Heinrich hat es ihm gelehrt, daß sie dich erwischen haben.“ „Deht weiß ich auch, wer mir die Böschblätter gestohlen hat“, rief ein dritter: „und mir die Federn“ ein vierter. Und nun ging es los: „Dieb! Dieb! Der Musterfrit ist ein Dieb! Warte, Junge, du wirst eingesperrt werden. Deinem Vater wird wegen der Beschichte die Stellung weggenommen werden!“ Wie Grausamkeit der Schadenfreude umheulte den zitternden und weinenden Knaben. Vergebens suchte er eine Ausbruchsstelle. Aber die Rote war wie eine Mauer um ihn. Endlich ertönte die Glocke, und sie gaben ihn frei.

Was war denn so Furchtbares geschehen? Er hatte gestohlen und war erwischt worden. An einer Bude wurden kleine Büchlein mit Landchaftsansichten verkauft. Diese roten Dinger hatten Fritz gereizt. Er hatte kein Geld mehr, aber er hätte solch ein Büchlein zu gerne besessen. Er sah sich die Bilder an, und dann war der Wunsch ganz herrlich in ihm geworden. Nein, Fritz hatte nie vorher fremdes Eigentum angerührt. Aber er konnte nicht mehr anders. Als der Budenbesitzer sich abwandte, ließ er das Büchlein in seine Tasche gleiten. Dann kam jedoch die Angst über ihn, und er rannte weg. Dadurch hatte er die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und plötzlich war der Budenbesitzer hinter ihm und mit ihm noch eine Schar Kinder, die sich schreiend an der Verfolgung beteiligten. Fritz sah sich um und wußte nicht mehr, wohin er fliehen sollte. Da griff er automatisch in die Tasche, nahm das Büchlein und warf es von sich. Aber der Budenbesitzer ließ sich dadurch in seiner Verfolgung nicht aufhalten. Endlich hatte er Fritz erreicht, hante ihm eine Ohrfeige und ließ ihn laufen. Es wäre gewiß nichts weiter passiert, wenn der Heinrich nicht zufällig den Auftritt gesehen und ihn sofort weitergetragen hätte.

Allerdings: es war ein Diebstahl. Aber was hatten die anderen Jungen schon alles angestellt. Gerade der Heinrich hatte seiner Mutter oft genug Geld gestohlen. Aber wußten die anderen auch, wie Fritz zu diesem Diebstahl gekommen? Er hatte es nicht freiwillig getan. Etwas in ihm war stärker gewesen als die Ueberlegung. Und er würde es gewiß nicht wieder tun. Er würde belächeln und bereuen.

Die Klasse hatte mit dem Lehrer das gemeinsame Morgengebet verrichtet und die Plätze eingenommen. Alles sah auf den Lehrer; denn jetzt mußte das Strafgericht kommen. Fritz sah da und zitterte wie ein armer Sünder, der zum Schafott soll. Werde ich alles sagen, wie es gewesen? dachte Fritz; aber das wird nichts nützen. Sie werden mir nicht glauben. Ich bin eben ein Dieb, und das bleibt. Da hörte er den Lehrer seinen Namen aussprechen. Er stand mechanisch auf, den Kopf gelenkt. „Vor die Klasse treten!“ hörte er die Stimme wieder. Fritz trat aus der Bank und ging wie mit gefesselten Gliedern zum Katheder. Der Lehrer verhörte ihn. Er wollte es nicht glauben, daß der Musterfrit ein Dieb sei.

Der Kriminalist von Bwersburg.



„Tatsächlich, mein lieber Schröder, Sie haben recht: eine deutliche Spur führt ins tschechische Konsulat.“

Aber als Fritz die Wahrheit der Anklage bestätigte, wurde er ganz Abscheu, ganz Gerechtheit. Er nahm den Jungen, drehte ihn herum und stellte ihn mit strafenden Worten der Klasse vor: „Seht, das ist der Anfang auf dem schlimmen Wege des Verbrechens! Ich warne dich! Gehe nicht weiter. Und auch alle warne ich.“ Jedes Glied am Körper des zur Schau gestellten, grausam angeprangerten Knaben schlug. Die anderen Burschen sahen da mit heuchlerischen Miene und nahmen sich die Worte des Lehrers offensichtlich zu Herzen. Innen aber waren sie voll boshafter Freude über das Schauspiel. Die Höhe der Strafe wollte der Lehrer noch ermögen.

In der dritten Stunde kam der Religionslehrer. Auch er war schon unterrichtet, und noch einmal mußte Fritz die großen, erwachsenen Worte von Gerechtheit und Strafe und von der Reue zum Verbrechen hören. Aber der Priester war milder als der Lehrer. Er sprach auch von der Reue und der göttlichen Gnade und befahl dem Sünder, am nächsten Tage zur Beichte zu kommen.

Als die Glocke den Schluß der Schulstunde verkündete, magte Fritz kaum das Klassenzimmer zu verlassen. Am liebsten wäre er zu dem Lehrer gegangen und hätte ihm erzählt, wie alles gekommen. Aber würde er gegen die strengen Worte der Gerechtheit mit seiner verworrenen Erzählung antönnen? Ganz zerschlagen schlich er aus der Schule. Aber als er an die nächste Häuserdecke kam, erwartete ihn dasselbe Rudel, das ihn bereits am Morgen empfangen hatte. Ein Gejohle erhob sich: „Da ist der Dieb,“ und zwischen der heulenden Rote mußte er Spieghruten laufen bis nach Hause. In seiner Verzweiflung wollte er ein paar mal ausbrechen, aber Stöße und Pöffe hinderten ihn daran.

Fast leblos kam Fritz nach Hause. Am liebsten hätte er geweint; aber Tränen wollten ihm nicht mehr kommen. Innen war alles tot, und in hoffnungsloser Verzweiflung hing er den Schulranzen an den gewohnten Ort. Der Vater sah am Tisch, den Kopf aufgestützt. Die Mutter sah er gar nicht. Wieder mußte er vor das Gericht treten, und wieder hörte er die grausamen, erwachsenen Worte. Von der Schande sprach der Vater, von seiner Ehre als Beamter, und als er alle seine Worte verbraucht, sprach er beinahe mit Härte: „Wenn du auf solchen Weg kommen solltest, sähe ich dich lieber vor meinen Augen sterben.“ Fritz wäre am liebsten aufschlugend seinem Vater zu Füßen gesürzt; aber dieses Wort wurde zu einem Bann, der ihn lähmte, und als er den Vater sagen hörte: „Geh auf dein Zimmer, bis ich dich rufe,“ schlich er lautlos, mit der Haltung eines endgültig Verurteilten, hinaus.

Gegen Abend suchte ihn der Vater, ruhiger geworden und zu einer sachlichen Aussprache bereit, in seinem Zimmer auf: das Zimmer aber war leer. Ein Suchen begann, im Hause, im Orte, in den Feldern. Die Ahnung eines Unheils überkam den Vater, und er irrte die ganze Nacht umher, ohne sein Kind zu finden. Fritz aber hing derweil, still geworden, zwischen dem Gefühl des Bedens. War er ein Dieb? Das Wort reichte nicht mehr an seinen Frieden und auch nicht mehr das Jammern der Eltern, die ihn am nächsten Tage fanden.

Gurkengeruch als Parfüm. Nur wenig bekannt ist es, daß auch die Gurke zur Parfümfabrikation herangezogen wird. Ihr süßlicher und noch frischer Duft eignet sich indes teilweise zur Herstellung von Elixieren, mit denen man besonders die bekannte und viel verwendete Gold-Cream parfümiert, wodurch diese ihre erfrischende Wirkung auf die Haut erhalten soll. Die Gurkenparfüm-Essenz wird hergestellt, indem man Alkohol über die in Scheiben geschnittenen Gurken destilliert und dieses Verfahren so lange wiederholt, bis der Alkohol den Duft der Gurken an sich gezogen hat.

Die Dezembermänner.

Rußlands erster Kampf um die Verfassung.

Von Paul Diner-Denes.

Am 25. Juli waren es hundert Jahre, daß Kojew der Dichter und seine Schicksalsgenossen von den Schergen des Zarismus hingerichtet wurden, waren es hundert Jahre, daß in Rußland der erste Ruf nach einer Verfassung ertönte und mit roher Gewalt unterdrückt wurde.

Es war Dezember 1825. Zar Alexander I. war gestorben. Zar Nikolaus I. kam zur Regierung. Totenstille herrschte im weiten russischen Reiche. Es gab nur einen Willen, eine Macht, die des „Märtchens“, des heiligen Zaren. Das Leibeigentum stand in voller Blüte. Millionen und aber Millionen, das ganze Volk wurde als Vieh betrachtet und auch als solches behandelt, ja ihr Los war noch schlechter, denn sie waren ja zahlreicher und auch billiger als die Haustiere. Von einer Verfassung sprach niemand. Wozu auch? Der Ruschik brauchte sie nicht, er hatte genug damit zu tun, den Rücken unter der Krute seines Gebieters zu krümmen. Der Adel, die Aristokratie lebten in Saug und Braus, das ganze Volk arbeitete für ihr Wohlergehen, sie brauchten auch keine Verfassung.

Und doch... Von Frankreich kam der Freiheitswille, er kam bis nach Rußland. Im Jahre 1825 wurde in Paris die Bastille siegreich erstürmt, im Jahre 1825 zogen Gardebrigaden gegen den Sitz des Zaren, gegen das Petersburger Winterpalais. Es war der erste Rußland, die erste Militärevoölute zur Erzwingung einer sogenannten Verfassung. Junge, begeisterte adelige Gardeoffiziere, die im Jahre 1814/1815 in Frankreich gestanden hatten, dort von der Freiheit umweht worden waren, stellten sich an die Spitze der Bewegung. Geheimblinde wurden gebildet, so z. B. in Petersburg die des „Nordens“ unter der Leitung des Fürsten Trubezkoi und die des „Südens“ unter Oberst Pestel. Es war eine Revolution im Wasserlosse, eine Revolution der herrschenden Klasse, der Oberschicht. Das Volk, das arbeitende Volk wurde nicht gefragt, das alles ging es ja nichts an. Und so hatte Zar Nikolaus I. ein gar leichtes Spiel, den Rußland mit Kartätschen niederzuschlagen.

Der Vorwand zu diesem Aufruhr war eine „hochwichtige“ Frage. Alexander I. starb am 1. Dezember 1825, nun wollten die sogenannten Rebellen statt des rechtmäßigen Erben Nikolaus I. dessen Bruder auf den Thron setzen und von ihm als Gegenleistung eine Art Verfassung erbitten.

Der Aufruhr wurde blutig niedergeschlagen, die Führer, die Decabristen, Dezembermänner (vom russischen Decabry gleich Dezember), verhaftet und eingekerkert. Das Zarenreich stand mächtig da. Das Grollen der großen Volksmassen war noch unterdrückt. Reuzig Jahre des Kampfes, des Leides, des Elends bedurfte es, bis die Macht der Zaren gebrochen wurde, nach neunzig Jahre lang regierte in Rußland die Kantschuka, die Beißche.

Der Tyrann war unerbittlich. Die Führer des Aufruhrs, Kojew, Bestuschew, Oberst Pestel und viele andere sahen in die Festung zu Petersburg und ermarteten ihr Schicksal.

Die Rache kam, viele von ihnen wurden erschossen, andere nach Sibirien verschickt, die Revolution war niedergeschlagen, das Zaren-tum triumphierte; Totenstille herrschte wieder im russischen Reiche. Doch der Geist des Dichters Kojew lebte weiter. Er ging mit klaren, sehenden Augen in den Tod. Der Idee willen. In seinem „Verbannten“ (ins Deutsche übertragen von Chamisso) spricht er es aus! Er weiß, daß ihn am Ende des Weges der Tod ermarie, er schreiet aber doch vorwärts, immer vorwärts...

Die ersten Märtyrer der Idee der Freiheit sind hingerichtet worden, die Saat wuchs aber. Im Laufe der Jahrzehnte traten viele Millionen in ihre Fußstapfen, ziel- und festbewußt kämpften sie, bis sie es erreichten — die Zertrümmerung des Zarenreiches. Doch alles wiederholt sich, und heute muß der Kampf gegen die Diktatur aufs neue ausgefochten werden.

Die Fruchtbarkeit niederer Tiere. In der niederen Tierwelt finden wir eine Fruchtbarkeit, von der wir uns oft kaum noch eine Vorstellung machen können. Schon die Fische haben eine erstaunliche Vermehrungsfähigkeit. So legt die Forelle etwa 2000 Eier, der Hering 30 000, der Karpfen 500 000, der Stör sogar 3 Millionen, der Koblau 4 Millionen, und vom Steinbutt wird behauptet, daß er seine eierlegende Tätigkeit bis auf 50 Millionen bringt. Der Eierstock einer Leichnamhölle enthält etwa 400 000 Eier, und Austern sollen jährlich bis zu einer Million produzieren. Im Regen des Dorfs gelten 3 Millionen als die Regel, und der des Hauses soll 10 bis 12 Millionen enthalten. Eine fabriksartige Fruchtbarkeit wird den Spulwürmern nachgelagt. Ein einziges Weibchen soll im Laufe eines Jahres über 60 Millionen Eier abstoßen, deren Gesamtgewicht etwa doppelt so groß ist wie das Lebendgewicht des ganzen Tieres. Der Bandwurm soll nach Befrucht jährlich 800 reife Glieder erzeugen, und jedes einzelne Glied soll im gleichen Zeitraum 53 000 Eier hervorbringen, so daß wir beim Bandwurm auf die ungeheure Zahl von rund 42 Millionen Eier kommen. Unter günstigen Verhältnissen kann diese Zahl aber noch viel größer werden, denn es gibt Exemplare, die täglich 6 bis 8 Glieder abstoßen. Gewaltig groß ist auch die Vermehrungsfähigkeit des Regenwurms. Warshall schätzte in Deutschland die Zahl der Regenwürmer auf 130 000 Stück für jeden Hektar Kulturland. Von den Trichinen soll jedes Weibchen mindestens 1500 Junge hervorbringen, und bei den Fliegen hat Wilhelm von Gleichen die Gesamtzahl der Nachkommenhaft eines einzigen Weibchens in einem Zimmer auf 2 Millionen Stück berechnet. Die geradezu beängstigende Vermehrung mancher Insekten ist ja bekannt. Der Karisfelfaser wird dadurch zu einem gefährlichsten Kulturpflanzen-schädling, und ebenso ist die Forleule durch ihre erstaunliche Fruchtbarkeit zu einem verheerenden Waldschädling geworden. Der Schwammspinne, der in Amerika einen Schaden von vielen Millionen Dollar angerichtet hat, muß heute noch mit allen Mitteln verfolgt werden, weil er sich sonst sehr bald wieder zu seiner vernichtenden Tätigkeit aufschwingen würde.

Das Schluckrezept des Plato. Wie Dr. C. F. Cast in der englischen medizinischen Zeitschrift „Lancet“ ausführte, beschreibt Plato einmal die Behandlung und die Kur des Schluckens, dessen Ursprung bis in seine Anfänge verfolgt wird. Aristophanes konnte in Platos „Gastmahl“ einmal nicht sprechen, als die Reihe an ihn gekommen war, weil er vom Schlucken befallen wurde. Das veranlaßte den Arzt Ergimachos, ihm eine Kur zu verordnen. „Ich empfehle dir,“ so erklärte der Gelehrte, „den Atem anzuhalten, und wenn du das eine Zeitspanne getan hast und der Schlucken noch immer anhält, so gurgle mit etwas Wasser. Ist er auch dann noch nicht zum Stillstand gekommen, so trinke deine Nase mit einem Reizmittel und niese! Wenn du einmal oder zweimal geniest hast, wird selbst der heftigste Schlucken verschwinden sein.“ Die Behandlung schlug auch bei Aristophanes gut an, und Dr. Cast empfiehlt dieses von Plato gegebene Rezept auch heute noch bei leichten Schlucken-Anfällen. Hervorgebracht wird der Schlucken durch einen Zwerchfellkrampf, der nach Ueberladung oder Erkältung des Magens einzutreten pflegt, aber auch infolge der Reizung von Zwerchfellnerven oder durch Reflex von entfernten Nervenpartien her bedingt sein kann. So verschieden die Ursachen dieses Zwerchfellkrampfes sind, so zahlreich sind auch die Reize zu seiner Behandlung. Dr. Cast ergänzt dies Rezept, die von altersher gegen den Schlucken gegeben wurden, durch die folgenden: Halte die Arme über dem Kopf einige Minuten lang, oder lege dich auf den Rücken und ziehe die Knie so fest du kannst, an den Leib. Drücke fest auf die Augäpfel, wodurch ein Gegenreiz entsteht, oder nimm ein paar Tropfen Kampferspiritus auf ein Stück Zucker,

